

sozial

DIE MITGLIEDERZEITSCHRIFT DES
PARITÄTISCHEN SCHLESWIG-HOLSTEIN #2/25



FSJler*innen beim Wahlseminar „Permakultur – Fürsorge für Erde, Menschen und Ressourcen“ im Mai 2025

Schwerpunkt „Klimaschutz“



Projekt „Nachhaltig Sozial“ gestartet Seite 4

Personenzentrierte Pflege im ambulanten Setting Seite 15

Queerpolitisches Grundsatzpapier verabschiedet Seite 18

Editorial

Liebe Leser*innen,

Klimaschutz und das Ziel der Klimaneutralität lassen sich nicht über Nacht erreichen. Sie fordern langfristiges Engagement, politische Weitsicht und die Initiative einer*s jeden Einzelnen – und das inmitten einer gesellschaftlich herausfordernden Zeit. Damit dieser Wandel gelingt, braucht es nicht nur individuelle Anstrengungen, sondern auch einen klaren ordnungspolitischen Rahmen: einen Rahmen, der Klimaschutz aktiv fördert und die sozial-ökologische Transformation als gemeinsames Projekt unserer Gesellschaft versteht.

Viele Menschen sorgen sich um finanzielle Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen: sei es durch steigende Lebenshaltungskosten, den CO₂-Preis oder energetische Sanierungskosten, die auf die Miete umgelegt werden. Diese Sorgen sind berechtigt – und sie dürfen nicht ignoriert werden. Damit Klimaschutz nicht zum Treiber sozialer Ungleichheit wird, braucht es eine gerechte Umsetzung. Insbesondere einkommensschwache Haushalte müssen entlastet werden, etwa durch einkommensabhängige Förderungen oder einen bedarfsorientierten Klimafonds mit sozialer Ausrichtung. Gleichzeitig gilt: Wer mehr verursacht, trägt mehr Verantwortung. Wohlhabendere Bevölkerungsgruppen hinterlassen einen deutlich größeren CO₂-Fußabdruck und verfügen gleichzeitig über die Mittel, um Klimaschutz in ihrem Umfeld umzusetzen. Hier braucht es eine konsequente Verursachergerechtigkeit, zum Beispiel durch eine progressive Steuerpolitik.

Auch die Wirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Klimaneutralität betrifft nicht nur energieintensive Branchen, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche; auch jene, die oft übersehen werden: gemeinnützige Organisationen. Viele dieser Träger arbeiten mit knappen Budgets, wenig Personal und oft veralteter Infrastruktur. Trotzdem haben sie sich auf den Weg gemacht, Nachhaltigkeit in ihren Strukturen zu verankern; mit Ideen, Mut und einem sehr großen Verantwortungsbewusstsein. Doch dieser Einsatz braucht Unterstützung. Energetische Sanierungen, der Umstieg auf erneuerbare Energien oder nachhaltige Mobilitätskonzepte lassen sich ohne geeignete Förderprogramme kaum stemmen. Gerade gemeinnützige Organisationen brauchen bessere Rahmenbedingungen, um Klimaschutz erfolgreich und dauerhaft umsetzen zu können. Denn: Sie sind nicht nur Orte der sozialen Teilhabe, Bildung und Fürsorge – sie sind auch Multiplikatorinnen des Wandels. Sie zeigen, wie ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen können.

Ein kleiner, aber symbolkräftiger Beitrag zu diesem Wandel ist unsere Aktion „150 für 1,5°C“, die wir Dank der Unterstützung der DKB umsetzen können: Gemeinsam mit Ihnen möchten wir in der Woche der Klimaanpassung 150 Klimabäume auspflanzen. Vom 15. bis 19. September geben wir die Bäume kostenfrei ab. Machen Sie mit! Pflanzen Sie einen Baum, setzen Sie ein Zeichen. Bei Interesse melden Sie sich gern bei uns – gemeinsam schaffen wir nicht nur ein Bewusstsein, sondern auch Wurzeln für eine gerechtere, klimafeste Zukunft!

Ihr



Michael Saitner
Geschäftsführender Vorstand
0431 56 02 – 10
vorstand@paritaet-sh.org

Bildverzeichnis

Seite 3: © Deutsche Krebshilfe, 2020, Foto: René Jungnickel
Seite 19: © DKSB LV SH
Seite 22: © privat
Seite 27: © Sozialwerk Norderstedt e.V.
Seite 29: © privat

Alle weiteren Fotos & Abbildungen: © PARITÄTISCHER SH

Kein Exemplar mehr bekommen?
Ein Download der *sozial* als PDF ist möglich unter:
<https://paritaet-sh.org/aktuelles/publikationen>

Klimaneutrales Druckprodukt: Kompensation von Treibhausgasemissionen durch zusätzliche Klimaschutzprojekte.
Der PARITÄTISCHE SH unterstützt mit ClimatePartner Aufforstung und Umbau deutscher Wälder.



Impressum

Herausgeber
Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein e.V.
Geschäftsführender Vorstand: Michael Saitner
Zum Brook 4
24143 Kiel
<https://paritaet-sh.org>

Redaktion & Lektorat
Julia Bousboa, bousboa@paritaet-sh.org

Konzept & Gestaltung
Bucharchitektur \ Kathrin Schmuck, Kiel
Mitarbeit: Paul Eichholtz

Korrektorat
Miriam Seifert-Waibel, Hamburg

Lithografie
Falk Messerschmidt, Leipzig

Druck
Schmidt & Klaunig GmbH, Kiel

Papier
Cover: Circleoffset White, 250 g/qm
Inhalt: Circleoffset White, 100 g/qm
FSC®-zertifiziert

ISSN 2700-0168
© Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein e.V., 08/2025

1	Editorial
3	Schwerpunkt: Klimaschutz
11	Gesellschaft
12	Teilhabe & Pflege
16	Kinder & Jugendliche
17	Migration & Flucht
18	Frauen & Queeres Leben
19	Engagement
20	Freiwilligendienste
22	EUTB & KIBIS
23	Zivilgesellschaftliches Engagement
26	Förderung
27	Soziale Arbeit
28	Fachkräftegewinnung und Digitalisierung
29	Wir schnacken sozial
30	Qualität & Fortbildung
32	Neuigkeiten aus dem Verband

In der Kita Mittenmang der Lebenshilfe Ostholstein wird das Programm „Clever in Sonne und Schatten“ des NCT Dresden umgesetzt.



Leuchtturmprojekt „Nachhaltig Sozial“ gestartet

Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort

Soziale Träger stellt die Frage des konkreten Klimaschutzes aktuell – noch – vor erhebliche Herausforderungen, da etwa die Beratung zu ersten Umsetzungsschritten oder zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen nicht regelmäßig gefördert werden. Diese Lücke schließt der PARITÄTISCHE SH erstmals mit dem Leuchtturmprojekt „Nachhaltig Sozial“. Im Rahmen des Projekts möchte der PARITÄTISCHE SH seinen Mitgliedsorganisationen in den kommenden Jahren ein informatives, passgenaues und praxisnahes Angebot zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ermöglichen.

■ **So vielfältig wie die Mitgliedsorganisationen sind auch die Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort, Klimaschutzmaßnahmen in Umsetzung zu bringen.**

Im Rahmen von „Nachhaltig Sozial“ können angebotene Informationsveranstaltungen zu Aspekten des Klimaschutzes als Orientierung dienen und einen niedrigschwelligen Einstieg in die Thematik bieten. Diese werden in Präsenz- oder Onlineformaten in engem Schulterschluss mit Fachexpert*innen und Praktiker*innen zu relevanten Themen informieren: etwa im Bereich des Gebäude- und Energiemanagements, nachhaltiger Gemeinschaftsverpflegung, zu Beschaffungsprozessen und Mobilitätsmanagement – sowie zu Digitalität vor dem Hintergrund von Klimaschutz. Weitere Themen sollen gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen erschlossen werden. Die Veranstaltungsformate bieten auch eine Plattform des Austauschs und der Vernetzung.

So vielfältig wie die Mitgliedsorganisationen im PARITÄTISCHEN SH sind auch die Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort, Klimaschutzmaßnahmen in Umsetzung zu bringen. Um

diese Bedürfnisse wissend, ist die aufsuchende Beratung vor Ort in den Organisationen fester Bestandteil des Angebots. Ob bereits konkrete Ideen vorliegen, wo Unklarheiten über Umsetzungsschritte bestehen (technisch, organisatorisch, finanziell) oder ob es um eine generelle Orientierung zum Thema geht: Die Beratung vor Ort kann helfen, hier Klarheit zu schaffen. Konkrete Themen wären zum Beispiel die Umstellung auf energiesparsame Leuchtmittel oder die Erzeugung von Strom mittels einer eigenen Photovoltaikanlage. Eine generelle Orientierung könnte beinhalten, Leitlinien zur Verankerung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu erarbeiten oder zu ermitteln, wo die größten Energieverbräuche bestehen, und auszuloten, wie diese reduziert werden können. Anschließend an eine erste Beratung vor Ort kann eine Zuarbeit zur Umsetzung konkreter Projekte oder die Begleitung der Erarbeitung einer Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie in Anspruch genommen werden. Vereinbaren Sie bei Interesse gern einen persönlichen Termin. Gemeinnützige Organisationen und Verbände stehen in vielen Fragen der Umsetzung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit vor gemeinsamen Herausforderungen. Organisatorische, personelle, finanzielle Aspekte bilden nur die Spitze dessen, was es an Themen zu bearbeiten und zu lösen gilt. Hier gemeinsam aktiv zu werden und im Interesse der Mitgliedsorganisationen eine Zusammenstellung der Herausforderungen und eine Ableitung von Bedarfen aufzustellen, auch dafür möchte das Projekt „Nachhaltig Sozial“ eine Plattform bieten.

Das Projekt „Nachhaltig Sozial“ wird vom Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (MEKUN) des Landes Schleswig-Holstein gefördert. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern kann dieses Projekt zu einem starken Signal für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz in gemeinnützigen Organisationen in Schleswig-Holstein werden: sozial gerecht und ökologisch konsequent! •

Elektrifizierung des Fuhrparks bei Die Ostholsteiner

Ein Best-Practice-Beispiel aus Eutin

Knapp drei Jahren ist es her, dass die ersten elektrischen Fahrzeuge, Renault Zoes, in den Fuhrpark bei Die Ostholsteiner integriert wurden. Seitdem ist er auf 25 elektrische Pkw gewachsen und bei Neuanschaffung im Pkw-Bereich werden nur noch E-Fahrzeuge geleast. Dies ist den durchweg positiven Erfahrungen und der Akzeptanz der Mitarbeitenden geschuldet, aber auch der Weiterentwicklung der Technik und des Angebots. Im Transporter- beziehungsweise Busbereich ist das Angebot noch klein und auch die finanziellen Unterschiede zu Verbrennern sind noch zu hoch, um dies bei den Kostenträgern positiv zu argumentieren. Hier ist die Entwicklung allerdings rasant und es besteht das Bestreben, zukünftig auch bei Transportern und Bussen auf Elektromobilität zu setzen.

■ **Da technische und auch rechtliche Aspekte zu klären und zu berücksichtigen waren, wurde Unterstützung durch einen unabhängigen Berater für Elektromobilität in Anspruch genommen.**

Bevor die ersten Fahrzeuge beschafft werden konnten, gab es einige Hausaufgaben zu erledigen, da ein E-Auto natürlich nur sinnvoll zu nutzen ist, wenn es auch unkompliziert geladen werden kann. Hierfür musste Ladeinfrastruktur an strategisch günstig gelegenen Standorten installiert werden. Da technische und auch rechtliche Aspekte zu klären und zu berücksichtigen waren, wurde Unterstützung durch einen unabhängigen Berater für Elektromobilität in Anspruch genommen. Der Berater hat sich zusammen mit Fuhrparkverwaltung, Facility-Management und Finanzen in einem Arbeitskreis in regelmäßigen Terminen den einzelnen Themen angenähert. Diese Vorbereitungsphase zum ersten Spatenstich lief knapp

ein Jahr und trug maßgeblich zu einem gelungenen Start bei – auch weil während dieser Zeit viele Fragen und Vorbehalte besprochen werden konnten und ausgeräumt wurden. Am Ende ist aber das Fahrerlebnis häufig das überzeugende Argument für die E-Mobilität!

Der Baubeginn für die ersten Ladesäulen begann ca. sechs Monate vor Lieferung der Fahrzeuge. Inzwischen sind 18 Ladepunkte an fünf Standorten in Eutin, Oldenburg und Heiligenhafen in Betrieb. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Stadtwerke und die Handwerker*innen durch ihre positive Haltung zur Elektromobilität zur schnellen Umsetzung beigetragen haben. Zukünftige Ladepunkte sind bei der bisherigen Umsetzung eingeplant und technisch vorbereitet worden, sodass die Anzahl relativ unkompliziert und nach Bedarf auf insgesamt 32 Ladepunkte ausgebaut werden kann.

Die Ladevorgänge und geladenen Energiemengen werden über die Ladekarten der Software im Hintergrund den einzelnen Fahrzeugen und Abteilungen zugeordnet und abgerechnet. Auch Mitarbeitende dürfen ihre Privatfahrzeuge kostenpflichtig laden, was aber (noch) sehr wenig in Anspruch genommen wird. 2024 sind 2330 Ladevorgänge mit einer Energiemenge von 53.000 Kilowattstunden erfasst worden. Bis auf wenige, kurze Ausfälle der Kommunikation mit den Ladesäulen sind diese Ladevorgänge ohne Probleme abgelaufen. Auch gab es in den drei Jahren nur zwei Pannen an den E-Fahrzeugen.

Ein nächster Schritt wird die Installation von Photovoltaik-Anlagen sein. Damit können die E-Fahrzeuge noch nachhaltiger betrieben werden.

Das Leitbild von Die Ostholsteiner legt unter anderem Wert auf umweltbewusstes Verhalten, Ressourcenverantwortung und Nachhaltigkeit. Mobilität ist aus unserem Alltag nicht wegzudenken. Wir meinen, dass mit der technikbasierten Energieversorgung, dem daraus resultierenden Kreislaufgedanken und der Verbrauchsreduzierung fossiler Kraftstoffe die Elektromobilität diese Werte unterstützt. Aufgrund der hohen Akzeptanz und positiver Erfahrungen wird sie konsequent ausgebaut werden. •



Ulrike Anders

0431 56 02 – 36
anders@paritaet-sh.org

Arne Prieß

Die Ostholsteiner gGmbH
Siemensstraße 17
23701 Eutin
04521 799334
priess@die-ostholsteiner.de
www.die-ostholsteiner.de

Naturschutz ist Klimaschutz ist Kinderschutz

Klimamaßnahmen beim Kinderschutzbund Ostholstein

Von den Folgen des Klimawandels und dem Verlust natürlicher Lebensräume ist zukünftig besonders die junge Generation betroffen. Bereits heute führt die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel zu einer deutlichen Zunahme psychischer Belastungen bei jungen Menschen. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat ergeben, dass 42 Prozent der Kinder im Alter zwischen 12 und 18 Jahren wegen des Klimawandels sehr besorgt sind. Neben dem Klimawandel ist auch der weltweite Rückgang an Biodiversität und natürlichen Lebensräumen eine beängstigende Entwicklung, obwohl für Menschen Erlebnisse in der Natur ein elementares Bedürfnis sind. Die Gehirnforschung zeigt, dass Kinder zentrale kognitive Fertigkeiten nur sehr schwer entfalten können, wenn ihnen die Möglichkeit genommen wird, in einer natürlichen, von Menschen unkontrollierten Umgebung Erfahrungen zu machen. Ohne die Nähe zu Pflanzen und Tieren verkümmert emotionale Bindungsfähigkeit, schwinden Empathie, Fantasie, Kreativität und Lebensfreude. Um die Folgen des Klimawandels zu dämpfen und natürliche Lebensräume zu erhalten, sind alle Maßnahmen, die jetzt helfen, CO₂ einzusparen und Biodiversität zu erhalten, als Kinderschutz zu verstehen.

Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind wegen ihrer Parteilichkeit im Hinblick auf das Kindeswohl deswegen in einer besonderen Verantwortung. In einer Jugendhilfeeinrichtung bei Eutin möchte der Kinderschutzbund-Kreisverband Ostholstein aktiv zu mehr Klima- und Naturschutz im Tagesbetrieb beitragen. Es handelt sich um eine ehemalige Dorfmeierei, die zu Wohnzwecken umgebaut wurde und worin heute insgesamt 14 Kinder und Jugendliche intensivpädagogisch rund um die Uhr betreut werden. Hier wird auf einen regionalen und nachhaltigen Einkauf des alltäglichen Bedarfs geachtet, Müll getrennt, eigenes Gemüse angepflanzt und den Kindern werden naturnahe Erlebnisse vermittelt. An der Einrichtung sind in den letzten Jahren Fenster und Türen energetisch erneuert worden. Im Jahr 2024 sind auf einem Stallnebengebäude, auf ca. 120 Quadratmetern Dachfläche, Solarmodule installiert worden. Die Module füllen

15 Kilowatt Akkuspeicher, die das Haupthaus mit Strom versorgen, wenn keine Sonne scheint. Überschüssiger Strom wird ins öffentliche Netz gespeist. Auf dem Dach des Haupthauses befinden sich zudem drei Solarthermen, die Strom für Warmwasser produzieren.

Um dem Insektensterben entgegenzuwirken und Biodiversität zu erhalten, wurden auf dem großen Grundstück eine Blumenwiese gesät und Obstbäume gepflanzt. Natur kann hier hautnah erlebt werden. Für das Jahr 2025 ist geplant, dass zwei Wallboxen auf dem Einrichtungsgelände installiert werden, damit elektrische Pkw geladen werden können. In den darauffolgenden Jahren wird das Dach der Einrichtung energetisch saniert, damit das Gebäude die Voraussetzungen für die Installation einer Wärmepumpe erfüllt. Die aktuelle Heizung ist eine Gaszentralheizung, die bereits älter als 20 Jahre ist.

■ **Ohne die Nähe zu Pflanzen und Tieren verkümmert emotionale Bindungsfähigkeit, schwinden Empathie, Fantasie, Kreativität und Lebensfreude.**

Der Kinderschutzbund-Kreisverband Ostholstein hat sich also bereits auf den Weg gemacht und wird zukünftig stets nach Möglichkeiten suchen, erforderliche Maßnahmen im Sinne der zukünftigen Generationen umzusetzen. Gleichzeitig ist die Refinanzierung dieser Maßnahmen nicht klar geregelt und gesichert. Ressourcen müssen hierfür zielgerichtet zur Verfügung stehen, wenn klimaschonende und auf die Zukunft gerichtete (Sanierungs-)Maßnahmen durch soziale Träger umgesetzt werden sollen. •

Mehr Sonne, mehr Verantwortung: UV-Schutz für Kinder

Programm „Clever in Sonne und Schatten“ in der Kita Mittenmang

Es wird wärmer – auch in Norddeutschland. Neben Frühling und Sommer trägt der Klimawandel zum Temperaturanstieg bei: mehr Sonnenstunden, stärkere UV-Strahlung. 2022 war mit 2020 Sonnenstunden das sonnigste Jahr seit Messbeginn (Bundesamt für Strahlenschutz). In Schleswig-Holstein stieg die Durchschnittstemperatur in 150 Jahren um 1,6 Grad Celsius laut dem Umweltbundesamt.

Der Klimawandel betrifft nicht nur Umwelt und Natur, sondern auch uns Menschen – besonders Kinder. Ihre Haut und Augen sind sehr empfindlich. Ohne Schutz drohen kurzfristig Sonnenbrand, Hitzschlag und Dehydrierung – langfristig steigt das Hautkrebsrisiko bei häufigen Sonnenbränden im Kindesalter um das Zwei- bis Dreifache.

Kinder erkennen die mit Sonnenschein verbundenen Risiken noch nicht selbst – deshalb sind eine pädagogische Heranführung und praktischer Sonnenschutz in Kitas besonders wichtig. In dieser Einrichtung verbringen die Kinder viele Stunden ihres Tages – drinnen und draußen. Schon kleine Anpassungen im Tagesablauf können die UV-Belastung erheblich senken, zum Beispiel eine Nutzung des Außengeländes bis 11:00 Uhr und ab 15:00 Uhr.

Weitere Schutzmaßnahmen:

- *UV-Index prüfen und sichtbar machen* – Maßnahmen ab UV-Index 3: zum Beispiel lange luftige Kleidung, Kopfbedeckung, Sonnencreme
- *Schattenplätze schaffen* – zum Beispiel Sonnensegel, Bäume, Hütten
- *Hitzeschutz am Gebäude* – zum Beispiel Außenjalousien, Fensterfolien, Rollos
- *Tagesablauf anpassen* – direkte Sonne von 11:00 bis 15:00 Uhr meiden
- *Information und Sensibilisierung von Kindern, Fachkräften, Sorgeberechtigten* – zum Beispiel durch Projekte, Flyer
- *Trinkmöglichkeiten* – auch draußen bereitstellen

Als besonders bedeutsam erachten wir die pädagogische Thematisierung mit den Kindern zur nachhaltigen Sensibilisierung. Kitas können dafür auf viele kostenlose Präventionsangebote zurückgreifen.

Aus der Kindertagesstätte am Familienzentrum der Lebenshilfe Ostholstein e.V. berichtet Larissa Heerhold zum Programm „Clever in Sonne und Schatten für Kitas mit dem Sonnenschutz-Clown“ der Deutschen Krebshilfe und des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen Dresden: „Wir haben uns als Einrichtung [...] für das Programm ‚Clever in Sonne und Schatten‘ entschieden, weil wir neugierig darauf waren, wie sich das Thema bereits mit Krippenkindern gut umsetzen lässt. Als Team hatten wir bis zu diesem Zeitpunkt immer sehr darauf geachtet, dass die Kinder eingecremt sind, wir regelmäßig nachcremen und die Kinder eine Kopfbedeckung tragen.“

■ **Die Kinder sind Expert*innen geworden und tragen ihr Wissen in die Familien.**

Durch dieses Projekt konnten nicht nur die Kinder ihr Wissen erweitern, sondern das gesamte Team wurde weitergebildet. Das Material ist so gut vorbereitet, dass nur ein geringer Arbeitsaufwand damit verbunden und der Lerneffekt groß ist. Es gibt ein begleitendes Handbuch, das Tag für Tag beschreibt, was zu tun ist – eine DVD und ein Bilderbuch. Die Inhalte sind für die jeweiligen Altersgruppen angepasst und umfassen Geschichten, Lieder und Fingerspiele. Seitdem wir dieses Programm regelmäßig durchführen, achten wir noch mehr darauf, dass die Kinder eingecremt und geeignet bekleidet sind. Auch unsere Selbstfürsorge ist gestiegen und wir gehen mit gutem Beispiel voran. Wir tragen eine Kopfbedeckung, wenn wir uns draußen aufhalten und haben Sonnencreme für das Team angeschafft.

Die Kinder sind Expert*innen geworden und tragen ihr Wissen in die Familien. Sie singen das Sonnenschutzlied, zeigen ihren Eltern das Fingerspiel und erinnern daran, dass sie sich vor der Kita gut eincremen müssen.“ •



Svenja Laßen

0431 56 02 – 37

lassen@paritaet-sh.org



Meike Röckendorf

0431 56 02 – 86

roeckendorf@paritaet-sh.org



Larissa Heerhold

Ludwig-Jahn-Straße 7

23611 Bad Schwartau

0451 49 05 97 – 21

mittenmang@lebenshilfe-ostholstein.de

Max Siebert

Kinderschutzbund

Kreisverband Ostholstein e.V.

Vor dem Kremper Tor 19

23730 Neustadt

0151 277 036 44

m.siebert@kinderschutzbund-oh.de

www.kinderschutzbund-oh.de

„Sozialwirtschaftliche und kirchliche Einrichtungen können einen maßgeblichen Beitrag leisten, indem sie auf Ökostrom umsteigen.“

Zur Erreichung globaler Klimaziele spielen erneuerbare Energien eine Schlüsselrolle: Sie sind der effektivste Weg, CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren und eine nachhaltige Zukunft zu sichern. Besonders Lösungen wie Photovoltaikanlagen und Windkraft bieten enormes Potenzial, um Energie effizient und klimafreundlich zu gewinnen. Diese Chance können soziale Organisationen jetzt noch leichter für sich nutzen. Die Einkaufsgemeinschaft von PariSERVE kooperiert mit der Handelsgesellschaft für Kirche und Diakonie mbH (HKD) im Bereich grüne Energie. Sönke Feuerherm hat sich bei HKD-Geschäftsführer Hendrik Claaßen über die Vorteile ökologischer Energien informiert.

Sönke Feuerherm: Herr Claaßen, warum ist der Umstieg auf ökologische Energie so wichtig, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen?

Hendrik Claaßen: Das Pariser Klimaabkommen hat das Ziel, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dafür müssen die weltweiten Treibhausgasemissionen drastisch gesenkt werden. Der Energiesektor ist einer der größten Verursacher von Emissionen – ein Umstieg auf erneuerbare Energien ist deshalb essenziell.

Welche Rolle spielt der ökologische Energiebezug konkret?

Durch die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen werden CO₂-Emissionen vermieden, die sonst bei der Verbrennung von Kohle, Öl oder Gas entstehen würden. Je mehr Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen auf Ökostrom umstellen, desto schneller sinken die Emissionen. Dies ist ein zentraler Hebel, um die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, wie es das Pariser Abkommen vorsieht.

Reicht das allein aus?

Der Umstieg auf ökologische Energie ist notwendig, reicht aber allein nicht aus. Zusätzlich brauchen wir mehr Energieeffizienz, Innovationen

und stärkere internationale Zusammenarbeit. Entwicklungsländer müssen Zugang zu sauberer Energie erhalten. Klimagerechtigkeit ist zentral: Industriestaaten tragen besondere Verantwortung, ihre Emissionen zu senken und Entwicklungsländer finanziell sowie technologisch zu unterstützen, da diese am stärksten unter dem Klimawandel leiden, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben.

Was können sozialwirtschaftliche und kirchliche Einrichtungen tun?

Sozialwirtschaftliche und kirchliche Einrichtungen können einen maßgeblichen Beitrag leisten, indem sie auf Ökostrom umsteigen, ihren eigenen Energieverbrauch senken und sich für klimawirksame Projekte in Entwicklungsländern engagieren. Auch Unternehmen und die Politik sind gefragt, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen und Innovationen zu fördern, weshalb ein politisches Engagement sinnvoll ist.

Sie als HKD engagieren sich nicht nur für ökologischen Energiebezug, sondern bieten über Ihr Portal www.kirchenshop.de auch klimawirksame Lösungen in den Bereichen Telefonie, Mobilität und Beschaffung an. Wie trägt Ihr Portal dazu bei, die Nachhaltigkeitstransformation ganzheitlich zu unterstützen?

Wir engagieren uns für den Klimaschutz mit zertifizierten Ökostromtarifen, überwiegend aus deutscher Produktion. Zudem bieten wir nachhaltige Mobilfunk- und Festnetzlösungen, etwa durch klimaneutrale Rechenzentren und umweltfreundliche Geräte. Im Mobilitätsbereich unterstützen wir sozialwirtschaftliche Einrichtungen bei der Nutzung emissionsarmer Alternativen, wie E-Autos und E-Bikes. Außerdem fördern wir eine nachhaltige Beschaffung durch die Vermittlung von Lieferant*innen mit ökologischen und sozialen Standards. So tragen wir umfassend zur Emissionsreduktion bei. •

Klimaschutz braucht soziale Gerechtigkeit

Neue Studie zeigt: Menschen mit geringem Einkommen tragen die größte Last der Transformation

Die klimapolitischen Veränderungen sind längst im Alltag vieler Menschen angekommen – steigende Heizkosten, höhere Spritpreise, neue Anforderungen an Gebäude und Mobilität. Was oft als notwendiger Schritt zur Klimaneutralität beschrieben wird, bringt für viele Menschen auch existenzielle Herausforderungen mit sich. Besonders Haushalte mit geringem Einkommen geraten zunehmend unter Druck. Doch wie genau wirken sich die Maßnahmen der Klimapolitik eigentlich auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aus?

➡ Besonders kritisch ist die Lage im Bereich Wohnen, wo steigende Heiz- und Stromkosten schnell zur finanziellen Belastung werden.

Eine neue Studie des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW), der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein (EKSH) und des PARITÄTISCHEN SH geht dieser Frage auf den Grund. Unter dem Titel „Klimapolitik und sozialer Ausgleich in Deutschland und Schleswig-Holstein“ analysieren die Autor*innen, wer von der CO₂-Bepreisung besonders betroffen ist – und wie eine sozial gerechtere Klimapolitik aussehen könnte. Die Studie wurde kurz vor Weihnachten 2024 veröffentlicht und im Januar 2025 im Rahmen eines Pressegesprächs im Kieler Institut für Weltwirtschaft erstmals öffentlich vorgestellt. Seitdem ist sie Gegenstand intensiver Gespräche in der Landespolitik. Im Austausch mit Sozialministerin Aminata Touré sowie mit Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack wurde intensiv über die Ergebnisse diskutiert. Dabei ging es nicht nur um Problembeschreibungen, sondern auch um konkrete politische Schlussfolgerungen.

Die Erkenntnisse der Studie sind deutlich: Menschen mit niedrigen Einkommen geben anteilig deutlich mehr für Energie aus als Besserverdienende. Besonders kritisch ist die Lage im Bereich

Wohnen, wo steigende Heiz- und Stromkosten schnell zur finanziellen Belastung werden. Auch im Verkehr zeigt sich: Wer auf das Auto angewiesen ist, etwa in ländlichen Regionen mit schlechter ÖPNV-Anbindung, spürt die steigenden Spritpreise besonders deutlich.

Für Schleswig-Holstein liefert die Untersuchung interessante regionale Einblicke. Zwar unterscheidet sich die Belastung durch klimapolitische Maßnahmen nicht grundlegend vom Bundeschnitt – dennoch zeigen sich spezifische Problemlagen, etwa durch höhere Stromkosten oder strukturelle Nachteile im ländlichen Raum. Die ökologische Transformation kann nur dann gelingen, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird. Klimaschutz darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die sich schon heute vieles nicht mehr leisten können.

➡ Die ökologische Transformation kann nur dann gelingen, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird.

Die Studie bleibt aber nicht bei der Analyse stehen. Sie gibt auch Empfehlungen für eine fairere Klimapolitik – etwa durch ein gezieltes Klimageld, das nach Einkommenshöhe gestaffelt wird, oder durch den stärkeren Ausbau sozial gerechter Infrastrukturmaßnahmen.

Für den PARITÄTISCHEN SH steht fest: Die soziale Frage gehört ins Zentrum der Klimadebatte. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie müssen zusammen gedacht werden. Denn nur dann gelingt eine Transformation, bei der alle mitgenommen werden. •



Julia Bousboa

0431 56 02 – 13

bousboa@paritaet-sh.org

Astrid Elmentaler

PariSERVE Dienstleistungen für soziale Organisationen GmbH

Zum Posthorn 3

24119 Kronshagen

0431 53738 14

a.elmentaler@pariserve.de

www.pariserve.de

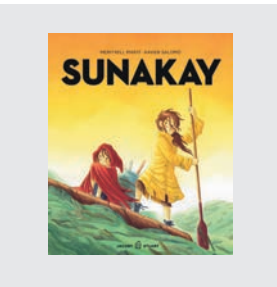
Buchempfehlungen

Zum Schwerpunkt „Klimaschutz“



Klimaungerechtigkeit
Friederike Otto,
Ullstein Buchverlage, 22,99 €

Der Klimawandel trifft uns nicht alle gleich. Friederike Otto, 1982 in Kiel geboren, Klimaforscherin, Physikerin und promovierte Philosophin, forscht am Grant-ham Institute for Climate Change zu Extremwetter und dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Sie liefert anhand von acht extremen Wetterereignissen konkrete Beispiele dafür, was die wirklichen Ursachen sind, wer besonders betroffen ist und vor allem: was Klimagerechtigkeit tatsächlich bedeutet und was dafür noch getan werden muss. Der Klimawandel zerstört nicht die Menschheit, aber Menschenleben und Lebensgrundlagen. Wir staunen über Rekordtemperaturen, Windgeschwindigkeiten und Regenmengen, aber fragen uns zu wenig, wer ihnen besonders ausgesetzt ist, wer sich nicht erholen kann – und warum. Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind der Kern dessen, was den Klimawandel zum Menschheitsproblem macht. Damit müssen Fairness und globale Gerechtigkeit auch im Kern der Lösung stecken. Klimagerechtigkeit geht alle etwas an.



Sunakay
Meritxell Martí,
Jacoby & Stuart, 26,00 €

Das Meer ist zu einer riesigen Müllhalde geworden, in der es keine Meeresbewohner mehr gibt. Die beiden Schwestern Kay und Sunan schaffen es, auf der Plastikinsel Sunakay, die nach ihnen benannt worden ist, zu überleben. Mit ihrem Floß paddeln sie auf das tote Meer hinaus und tauchen zwischen den Müllbergen auf der Suche nach wertvollen Gegenständen, die sie den fahrenden Händler*innen zum Tausch anbieten. Es ist ihre einzige Möglichkeit, zu überleben – bis eines Tages der wohl letzte noch lebende Fisch in Kays Besitz kommt, dessen Tod zu einer Rebellion der Tiefsee führt, die alles verändert ... Eine brillante und gleichzeitig sehr kindgerechte Betrachtung der katalanischen Künstler*innen Meritxell Martí und Xavier Salomó über die Notwendigkeit, sich um die Umwelt zu kümmern, und über die verhängnisvollen Folgen unseres Handelns für den Planeten Erde. Eine Beschwörung der Hoffnung auf die Macht des Lebens. Ab acht Jahren.



Zukunftswissen.fm
Wuppertal Institut

Wie hängen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zusammen? Was bedeutet der Strukturwandel für Deutschland? Wird mit dem europäischen Green Deal in Europa jetzt alles „grün“? Antworten auf diese und weitere Fragen beantworten Expert*innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im neuen Podcast „Zukunftswissen.fm“ des Wuppertal Instituts. In Zeiten von Fake News ist dieser vom Wuppertaler Institut für Klima, Energie und Umwelt initiierte Wissenschaftspodcast ein echter Widerpart. Komplexe Themen rund um die sozial-ökologische Transformation werden verständlich in einem moderierten Gespräch von Wissenschaftler*innen und Expert*innen auf technischer, politischer und gesellschaftlicher Ebene genauso tiefgründig wie verständlich erläutert und diskutiert. Der Podcast ist zu hören unter www.zukunftswissen.fm sowie auf allen bekannten Podcastplattformen.



Die Große Transformation
Uwe Schneidewind,
S. Fischer Verlag, 12,00 €

Trump, Populismus, Luxus- und Konsumwahn, Ressourcenverschwendung – die ökologische Transformation befindet sich in der Krise. Kann der Umbau zu einer in sozialer und ökologischer Hinsicht gerechten Welt überhaupt noch gelingen? Ja, sagen Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit, und sein Team. Was es dafür brauche, sei „Zukunftskunst“. Damit ist die Fähigkeit gemeint, kulturellen Wandel, kluge Politik, neues Wirtschaften sowie innovative Technologien miteinander zu verbinden. Auf diese Weise können Energie- und Mobilitätswende, die Ernährungswende oder der nachhaltige Wandel in unseren Städten ermöglicht werden. Das Buch *Die große Transformation* ermuntert Politik, Zivilgesellschaft, Unternehmen und jede*n einzelne*n von uns zu Zukunftskünstler*innen zu werden.

Gesellschaft

Im Mai fand ein Soziallog zum Thema „(K)Eine Klasse für sich – Chancengerechtigkeit und Klassismus im Bildungssystem“ statt.



WegGefährten e.V. - Gemeinsam wohnen und leben

In Schenefeld entsteht ein neues inklusives Wohnprojekt

Unser gemeinnütziger Verein WegGefährten e.V. wurde im Jahr 2017 von engagierten Eltern gegründet. Uns verbindet ein gemeinsames Ziel: eine inklusive Wohnform für unsere Kinder mit unterschiedlichen Handicaps zu schaffen, die den individuellen Bedürfnissen gerecht wird, Teilhabe am Gemeinschaftsleben ermöglicht und die Eigenständigkeit fördert, ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen.

Inklusives Wohnen bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderung zusammenleben und sich gegenseitig im Alltag unterstützen. Es geht um die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den Aufbau von Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft. Wir möchten, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Handicap in der Wohngemeinschaft ihren Alltag selbstbestimmt gestalten. Wir wollen ihnen einen Rahmen für Austausch, gegenseitige Hilfe und das gemeinsame Gestalten des Alltags bieten und so das Gefühl von Zugehörigkeit stärken. Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten können zusammenleben und voneinander lernen. Deshalb setzen sich die WegGefährten für die Realisierung des ersten inklusiven Wohnprojekts in Pinneberg ein.

Lange war unser Verein auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück. Dann erwarb der Wohnungsverein Hamburg von 1902 ein Grundstück im Herzen von Schenefeld – ein zentral gelegener Ort mit guter Anbindung und lebendiger Nachbarschaft. Das alte Postgebäude soll saniert, aufgestockt und durch moderne Anbauten ergänzt werden, in denen das inklusive Wohnprojekt realisiert wird.

Es entstehen 18 Einzelapartments, die in zwei WGs organisiert werden. Eine gemeinsame Küche mit einem großzügigen Wohn-/Essbereich ergänzt das Raumkonzept jeder der beiden Wohngemeinschaften, in der jeweils fünf junge Menschen mit Handicap und vier Studierende oder Auszubildende zusammenleben. Die Studierenden sind Teil des aktiven WG-Lebens, gestalten den Alltag der jungen Menschen mit Handicap mit und stehen ihnen unterstützend zur Seite. Dafür erhalten Sie eine reduzierte oder mietfreie Wohnmöglichkeit.

Unterstützt werden die Bewohner*innen zudem von Assistenzunternehmen. Die pflegerischen Leistungen übernimmt ein ambulanter Pflegedienst. Dabei berücksichtigen wir das Wunsch- und Wahlrecht – ein zentrales Element heutiger inklusiver Wohnformen.

Schon jetzt haben unsere Kinder mit Handicap die Möglichkeit, sich bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten besser kennenzulernen und als Gruppe zusammenzuwachsen. Es läuft ein Wohnvorbereitungskurs, um die Selbstständigkeit unserer zukünftigen Bewohner*innen und das Loslösen vom Elternhaus zu fördern und sie auf das Leben in der Wohngemeinschaft vorzubereiten. Es werden praktische Themen wie Haushaltsführung, Kochen, Putzen, Wäsche waschen oder der Umgang mit Geld vermittelt. Um den Fortschritt der Bauarbeiten zu verfolgen werden Ausflüge zur Baustelle durchgeführt.

Schon jetzt haben unsere Kinder mit Handicap die Möglichkeit, sich bei gemeinsamen Freizeitaktivitäten besser kennenzulernen und als Gruppe zusammenzuwachsen.

Ein gutes Netzwerk ist für ein Projekt wie unseres unverzichtbar. Deshalb haben wir Kontakt mit anderen Initiativen und inklusiven Wohnformen, um von deren Erfahrung zu lernen. Zudem sind wir Mitglied im Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) sowie im Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Schleswig-Holstein e.V. (lvkm). Wir bedanken uns herzlich für die kompetente Unterstützung durch den PARITÄTISCHEN SH, der uns durch alle Entwicklungsphasen hindurch mit Rat und Tat zur Seite steht. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, gemeinsame neue Erfahrungen und ein erfolgreiches Projekt. •

WegGefährten e.V.
Blockhorner Weiden 8
22869 Schenefeld
post@weg-gefaehrten.de

Seelisch fit - Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken

Präventionsprojekt und Fachtag fördern Vernetzung
und Unterstützung in Kiel

Junge Menschen sind heutzutage immer häufiger seelisch belastet. Ängste, sozialer Rückzug, depressive Verstimmungen oder Lernprobleme betreffen viele Kinder und Jugendliche – doch oft fehlt das Wissen zu Hilfsangeboten, oder es überwiegt die Scham, überhaupt Hilfe zu benötigen. Frühzeitige Prävention kann hier entscheidend sein. Das Projekt „Seelisch fit“ des KIELER FENSTER e.V. setzt genau hier an. Es sensibilisiert junge Menschen für ihre seelische Gesundheit, stärkt ihre Resilienz und trägt zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen bei. Im Schulalltag, digital und auf Netzwerkebene werden Räume geschaffen, in denen psychische Gesundheit offen thematisiert werden kann – niedrigschwellig, lebensnah und nachhaltig.

Drei Säulen für seelische Stärke

1. Schultage „Verrückt? Na und!“
An weiterführenden Schulen wird ab der 9. Klasse ein interaktiver Präventionstag gestaltet. Im Mittelpunkt stehen Informationen über psychische Erkrankungen, der Abbau von Vorurteilen und der Austausch mit Menschen, die selbst psychische Krisen bewältigt haben. Ziel ist, Warnsignale früh zu erkennen, das Bewusstsein für Hilfsangebote zu fördern und die Resilienz der Jugendlichen zu stärken.

Im Schulalltag, digital und auf Netzwerkebene werden Räume geschaffen, in denen psychische Gesundheit offen thematisiert werden kann.

2. Digitales Gruppenangebot

Ein geplanter moderierter Chatroom bietet betroffenen Jugendlichen die Möglichkeit, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen, Informationen zu erhalten und bei Bedarf an weiterführende Hilfen vermittelt zu werden. Der digitale

Zugang senkt Hemmschwellen und stärkt das Gefühl „Ich bin nicht allein“.

3. Vernetztes Handeln in Kiel

Um bestehende Hilfsangebote besser zu verzahnen, wird eine lokale Fachvernetzung initiiert. Ziel ist die Gründung eines Runden Tisches, an dem Schulen, Jugendhilfe, Gesundheitseinrichtungen und Beratungsstellen gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Fachtag am 8. Oktober 2025:

Sichere Häfen schaffen

Den öffentlichen Auftakt für die Vernetzung bildet der Fachtag „Sichere Häfen schaffen“ im Rathaus Kiel, der gemeinsam mit dem Jugendamt und dem Amt für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel veranstaltet wird. Fachkräfte aus Schule, Jugendhilfe, Beratung und Gesundheitswesen sind herzlich eingeladen. Zwei Fachvorträge geben wichtige Impulse:

- Vikki Ryall von headspace Australien (Video-vortrag in englischer Sprache) zeigt, wie ein nationales System zur Frühintervention bei Jugendlichen aussehen kann – mit international beachteten Erfolgen.
- Prof. Dr. Gunter Groen von der HAW Hamburg, beleuchtet die Lage in Deutschland: aktuelle Daten, Versorgungslücken – und Chancen für bessere Prävention und Zusammenarbeit.

Am Nachmittag lädt ein Worldcafé zur aktiven Mitgestaltung ein. An fünf Thementischen diskutieren die Teilnehmenden über Angebote in Kiel, Versorgungslücken, Mediennutzung, Fortbildungsbedarfe und den geplanten Runden Tisch. Die Ergebnisse fließen in die weitere Netzwerkentwicklung ein.

Gemeinsam für seelisch starke Jugendliche

„Seelisch fit“ wird gefördert vom GKV-Bündnis für Gesundheit Schleswig-Holstein und dem Ministerium für Justiz und Gesundheit Schleswig-Holstein. Die Landeshauptstadt Kiel unterstützt das Projekt als kommunale Trägerin. Weitere Partner sind Irrsinnig Menschlich e.V. aus Leipzig und die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V. •

Fachtag

„Sichere Häfen schaffen“

Rathaus Kiel
08.10.2025, 09:00–16:00 Uhr
Teilnahmebeitrag: 30 €
inkl. Verpflegung
Anmeldung bis 29.09.2025
Bei Interesse bitte melden bei
Thomas Jürs unter
t.juers@kieler-fenster.de

KIELER FENSTER e.V. –

Ambulantes Zentrum

Julia Kirschning, Thomas Jürs
Alte Lübecker Chaussee 1
24114 Kiel
0431 649 80 50
ambulantes-zentrum@
kieler-fenster.de
www.kieler-fenster.de

Rückständige anteilige Pflegeheimkosten im Todesfall

Regelungen für stationäre Pflegeeinrichtungen

Es besteht ein gesetzlicher Forderungsübergang für stationäre Pflegeeinrichtungen, wenn ein*e Bewohner*in verstirbt, bevor über den Antrag auf Hilfe zur Pflege vom Sozialhilfeträger entschieden wurde.

§ 19 Absatz 6 SGB XII trifft eine Regelung für stationäre Pflegeeinrichtungen, wenn ein*e Bewohner*in zum Zeitpunkt des Ablebens Hilfe zur Pflege (§§ 61 ff. SGB XII) bezogen hat oder über einen entsprechenden Antrag noch nicht vom Sozialhilfeträger oder vom Sozialgericht entschieden wurde.

Im ersten Fall wird die stationäre Pflegeeinrichtung Forderungsinhaberin, besitzt also einen Anspruch aus übergeleitetem Recht, im zweiten Fall ist die Einrichtung berechtigt, das Verfahren kostenfrei weiterzuführen. Die Regelung dient dem Schutz der in Vorleistung für den Sozialhilfeträger tretenden Pflegeeinrichtung, die bei Antragstellung durch ein*e Bewohner*in darauf vertraut hat, dass ihre erbrachte Leistung auch bezahlt wird.

■ **Möglicherweise fehlende Informationen oder Unterlagen sind nicht von der Pflegeeinrichtung beizubringen, soweit sie dieser nicht vorliegen.**

Wann von Einrichtungen gesprochen werden kann, ergibt sich aus § 13 Abs. 1 SGB XII. Ambulante Leistungserbringer, zum Beispiel ambulante Pflegedienste, sind danach keine Einrichtungen im Sinne von § 19 Abs. 6 SGB XII. Die Frage, ob anbietersverantwortete Wohngemeinschaften als Einrichtung gelten, ist aktuell beim Bundessozialgericht (BSG) unter dem Az. B 8 SO 1/25 R anhängig.

Eine besondere Schutzwürdigkeit des Vertrauens der Einrichtung besteht, weil die stationäre Pflegeeinrichtung Leistungen in erheblichem Umfang und von erheblichem Wert im Vorgriff auf

zu erwartende Leistungen des Sozialhilfeträgers erbringt. Verstirbt dann ein*e Hilfeempfänger*in, bevor der Sozialhilfeträger über die Leistung entschieden hat, geht der Anspruch auf die Einrichtung über, die ihn dann ihrerseits geltend machen kann. Ist vor dem Tod der pflegebedürftigen Person bereits ein gegen die (ablehnende) Leistungsbewilligung gerichtetes Klageverfahren anhängig, kann ein*e nach § 19 Abs. 6 SGB XII existierende*r Rechtsnachfolger*in das Verfahren aufnehmen und weiter betreiben.

Ob ein Anspruch aus übergegangenem Recht für eine Pflegeeinrichtung besteht, lässt sich anhand folgender Voraussetzungen in der Praxis überprüfen:

1. Anspruch auf Leistungen eine*r Bewohner*in für Einrichtungen zum Zeitpunkt des Ablebens
2. Kenntnis des Sozialhilfeträgers des Sozialhilfsanspruchs
3. Keine bestandskräftige Ablehnung des Sozialhilfsanspruchs
4. Erfolgte Leistungserbringung durch die Pflegeeinrichtung, die den Anspruch aus § 19 Abs. 5 SGB XII geltend macht.

Die Pflegeeinrichtung muss sich dann auch nicht vom Sozialhilfeträger darauf verweisen lassen, dass sie sich an etwaige Erb*innen hält. Vielmehr besteht durch den gesetzlichen Forderungsübergang eine Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers. Möglicherweise fehlende Informationen oder Unterlagen sind nicht von der Pflegeeinrichtung beizubringen, soweit sie dieser nicht vorliegen, sondern im Rahmen der Amtsermittlungspflicht nach § 20 SGB X, die in diesem Fall nicht mit dem Ableben eine*r Bewohner*in endet, vom Sozialhilfeträger beizubringen.

Praxishinweis: Nach einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der ursprünglichen Antragstellung zu Lebzeiten eine*r Bewohner*in kann – für die Einrichtung kostenfrei – Untätigkeitsklage beim Sozialgericht erhoben werden (vgl. §§ 88 Abs. 1 Satz 1, 183 Satz 1 SGG). Eines vorausgehenden Widerspruchsverfahrens bedarf es dann nicht. •

Personenzentrierte Pflege im ambulanten Setting

Zwischen Anspruch, Systemgrenzen und ungenutztem Reformpotenzial

Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Jahr 2017 wurde im SGB XI ein Meilenstein gesetzt. Die Gesetzgebung hat damit einen Paradigmenwechsel vollzogen: weg von einem rein verrichtungsbezogenen Pflegeverständnis, hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung des Menschen. Pflegebedürftigkeit wird seither nicht mehr allein an körperlichen Einschränkungen bemessen, sondern bezieht auch kognitive und psychische Beeinträchtigungen sowie die Fähigkeit zur Selbstversorgung, Alltagsgestaltung und sozialen Teilhabe mit ein. Ziel war es, pflegerische Versorgung stärker personenzentriert auszurichten.

■ **Personenzentrierte Pflege braucht Raum für Flexibilität, Beobachtung, Dialog und individuelle Begleitung.**

Doch in der ambulanten Versorgung ist dieser gesetzliche Auftrag bis heute nur unzureichend umgesetzt. Obwohl der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff etwas anderes vorgibt, bleibt die Realität im ambulanten Bereich weitgehend vom alten System geprägt. Die Leistungserbringung orientiert sich weiterhin am Leistungskomplexsystem, einer nach wie vor verrichtungsorientierten Struktur. Leistungen sind starr definiert, zeitlich limitiert und oft wenig anpassbar an tatsächliche Bedarfe. Personenzentrierte Pflege, wie sie im Gesetz angelegt ist, braucht Raum für Flexibilität, Beobachtung, Dialog und individuelle Begleitung – Aspekte, die im aktuellen Abrechnungssystem nur am Rande vorgesehen sind. Die Pflegenden erfassen in der täglichen Arbeit sehr wohl die komplexen, dynamischen Lebenssituationen der pflegebedürftigen Personen.

Auch mit der Einführung des Strukturmodells zur Entbürokratisierung der Pflege gibt das Gesetz eine klare Richtung vor: Pflege soll weg von rein schematischer Dokumentation, hin zu einer

fachlich begründeten, individuellen und personenzentrierten Planung und Begleitung. Das Strukturmodell, entwickelt im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, ist politisch gewollt und soll Pflegefachpersonen wieder den nötigen Raum für professionelle Einschätzung und Prozessgestaltung geben.

Gerade in der ambulanten Pflege eröffnet das Modell neue Möglichkeiten, um Pflegebedarfe ganzheitlich zu erfassen, Ressourcen sichtbar zu machen und Versorgung personenzentriert zu planen. Doch es stößt an Grenzen, vor allem dort, wo das Leistungskomplexsystem die Versorgung dominiert. Denn während das Strukturmodell auf individuelle Pflegeprozesse zielt, basiert das Leistungskomplexsystem auf standardisierten, verrichtungsbezogenen Modulen. Leistungen müssen konkret abrechenbar sein, individuelle Einschätzungen oder situative Anpassungen lassen sich kaum abbilden. So entsteht ein Widerspruch: Das Strukturmodell lädt zur personenzentrierten Pflege ein – das Abrechnungssystem zwingt zur standardisierten Leistungserbringung.

Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern, die 2019 nicht pauschale Punktwert-Erhöhlungen vorgenommen haben, um dem neuen Pflegeverständnis Rechnung zu tragen. Stattdessen wurde ein neuer Leistungskomplex eingeführt: P4 – „Förderung der Selbstständigkeit“. Er soll pflegebedürftige Menschen darin unterstützen, Fähigkeiten zu erhalten oder wiederzugewinnen; also genau das leisten, was der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff verlangt.

Doch auch dieser Ansatz wird in der Praxis durch strukturelle Hürden ausgebremst. Die Anforderungen, die Kostenträger an den Nachweis für die Fachkraftbindung und die Dokumentation der P4-Leistung stellen, sind so hoch, dass Pflegeeinrichtungen diese Leistung kaum erbringen können, obwohl sie fachlich sinnvoll und gesetzlich gewollt ist. Was als zukunftsweisender Schritt gedacht war, scheitert an bürokratischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Pflege braucht endlich den strukturellen Wandel, den das Gesetz vorgibt. •



Marcus Rietz

0431 56 02 – 19

rietz@paritaet-sh.org

Kerstin Bröde

ASB Landesverband

Schleswig-Holstein e.V.

Kieler Straße 20a

24143 Kiel

0431 70694 31

k.broede@asb-sh.de

www.asb-sh.de

Das Familienzentrum Glashütte feiert Geburtstag

Seit 15 Jahren ganz nah an den Menschen in Norderstedt

Am 28. Mai diesen Jahres feierte das Familienzentrum Glashütte sein 15-jähriges Bestehen. Zahlreiche Gäst*innen – Familien, Jung und Alt, Menschen verschiedenster Kulturen, Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft, Kooperationspartner*innen und viele mehr – kamen zusammen, um diesen besonderen Tag mit uns zu feiern: ein fröhliches Fest voller Begegnungen, Musik und gemeinsamer Erlebnisse. Während die Kinder an den Spielstationen ihren Spaß hatten, genossen die Erwachsenen musikalische Darbietungen und gute Gespräche bei Kaffee und selbst gebackenem Kuchen.

Feierlich wurde ein wunderschöner Barfußpfad eingeweiht, der von der Firma HanseEscrow Management, vertreten durch Herrn Dr. Eggers, finanziert wurde.

■ **Das Familienzentrum entwickelte sich schnell zu einem zentralen Treffpunkt für Menschen aller Altersgruppen und Kulturen.**

„Ein herzliches Dankeschön geht an alle Förderer*innen und Unterstützer*innen sowie die Stadt Norderstedt und das Land Schleswig-Holstein, den PARITÄTISCHEN SH, das Logistik-Team der Feuerwehr Norderstedt und Feuerwehr Glashütte für die Bereitstellung von Zelten und Sitzmöglichkeiten, ‚Beethoven‘ und ‚Gül & die Saz-Gruppe‘ für die musikalische Begleitung, an alle ehrenamtlich Engagierten, fleißigen Kuchenbäcker*innen und die Koordinatorinnen der anderen Familienzentren, an Familie Neubauer für ein tolles Puppentheater, Zauberer Salvatore Sabbatino, der mit Zauberei und Luftballonfiguren die Kinder zum Staunen gebracht hat, sowie BUDNI für die vielen Traubenzuckerlollis“, so Katharina Kasch, Koordinatorin des Familienzentrums. Das vom Land und von der Stadt geförderte Familienzentrum Glashütte wurde

im Jahr 2010 als erste Einrichtung dieser Art in Norderstedt eröffnet und wird vom Sozialwerk Norderstedt e. V., das im Jahr 2024 sein 50-jähriges Bestehen feierte, betrieben.

■ **Neben Freizeitangeboten steht vor allem soziale Unterstützung im Mittelpunkt.**

Ursprünglich als Anlaufstelle für Familien in einem Brennpunktviertel konzipiert, entwickelte sich das Familienzentrum schnell zu einem zentralen Treffpunkt für Menschen aller Altersgruppen und Kulturen. Heute zählt es über 3000 Besuchende pro Jahr und bietet weit mehr als nur Beratung: Es gibt regelmäßige Programme für Kinder, Erwachsene und Senior*innen, darunter den beliebten monatlichen Seniorentreff. Neben Freizeitangeboten steht vor allem soziale Unterstützung im Mittelpunkt. Eltern können in einem geschützten Rahmen ihre Fragen stellen, Erwachsene finden Unterstützung bei persönlichen Anliegen, und Senior*innen profitieren vom gemeinschaftlichen Austausch. Die Teilnahme an den Angeboten ist so niedrigschwellig wie möglich: freiwillig, kostenfrei und ohne Anmeldung. Seit seiner Eröffnung hat sich das Zentrum als feste Institution im Stadtteil etabliert. Die Nachfrage nach ihren Angeboten wuchs bereits in den ersten sechs Monaten nach Gründung schneller als erwartet. „Inzwischen gilt das Familienzentrum als Ort der Begegnung, Beratung und Gemeinschaft, an dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Geschichte willkommen sind“, so Jeannine Strozynski, Geschäftsstellenleiterin des Sozialwerks. •

Sozialwerk Norderstedt e. V.
Ochsenzoller Straße 85
22848 Norderstedt
040 523 73 80
info@sozialwerk-norderstedt.de
www.sozialwerk-norderstedt.de

Petition gegen die Abschiebung von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit

Geflüchtete in Ausbildung leisten einen essenziellen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Da es immer wieder zu Abschiebungen von geflüchteten Azubis kommt, haben wir, die Arbeitsmarktnetzwerke „Alle an Bord! – Perspektive Arbeitsmarkt für Geflüchtete“ und „B.O.A.T. – Beratung.Orientierung.Arbeit.Teilhabe.“ gemeinsam mit der Handwerkskammer Lübeck einen Appell formuliert. Darin fordern wir die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Geflüchtete in Ausbildung nicht abgeschoben werden.

Konkret fordern wir, dass

- Geflüchtete in Ausbildung rechtzeitig vor Ausbildungsstart eine Ausbildungsdundung oder Ausbildungsaufenthalts-erlaubnis erhalten;
 - die Ausländerbehörden Anträge rechtzeitig bearbeiten und die Menschen während der Prüfung des Antrags nicht abgeschoben werden dürfen;
 - die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass der Ermessensspielraum der Behörden positiv genutzt wird und vor einer Abschiebung geprüft wird, ob die Möglichkeit besteht, den Aufenthalt durch eine Ausbildungsaufnahme zu sichern.
- Der Appell wurde von über 60 Betrieben, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Schleswig-Holstein unterzeichnet und im Rahmen der Landespressekonferenz am 3. Juli Medienvertreter*innen vorgestellt. Bereits Anfang des Jahres unterstützten mehr als 2300 Menschen eine Petition mit der Forderung, Geflüchtete in Arbeit nicht abzuschieben. Bei den Mitgliedern des Petitionsausschusses stieß die Forderung auf deutlichen Rückhalt. Für die von Abschiebung bedrohten Menschen sowie für die Betriebe und Unternehmen ist es nun wichtig, dass die politischen Verantwortlichen sich diesem dringenden Thema annehmen. •



Ake Schünemann
0431 56 02 – 24
schuenemann@paritaet-sh.org

Bündnis „Gerechtigkeit für Lorenz A.“ in Kiel gegründet

Als Teil eines großen Bündnisses gingen der Afrodeutsche Verein Schleswig-Holstein – Partner im LaNeMo-Projekt des PARITÄTISCHEN SH und der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein – am 3. Mai 2025 auf die Straße: Anlass war der gewaltsame Tod des 21-jährigen Lorenz A., der am 20. April 2025 durch Polizeischüsse in Oldenburg ums Leben kam. „Lorenz war ein junger Schwarzer Mensch voller Leben, Träume und Perspektiven. Sein gewaltsamer Tod durch Polizeischüsse von hinten darf nicht folgenlos bleiben. Wir haben seine Geschichte sichtbar gemacht: laut, unbequem, gemeinsam.“

Das Bündnis schaffte mit dieser Demonstration und einem wenige Tage später stattfindenden Gedenktag Raum und Sichtbarkeit für kollektive Trauer, Wut, Solidarität und Entschlossenheit. Es fordert unter anderem eine unabhängige und lückenlose Untersuchung des Vorfalls, eine unabhängige, wissenschaftliche Untersuchung zu strukturellem Rassismus bei der Polizei – inklusive klarer Handlungsansätze – und interkulturelle Kompetenztrainings sowie Antirassismus-Fortbildungen als Pflicht in der Polizeiausbildung: „Dies ist kein tragischer Einzelfall. Es ist das sichtbare Resultat eines strukturellen Problems.“ In diesem Sinne versteht sich das Bündnis als kollektives Sprachrohr *gegen* institutionellen Rassismus, Polizeigewalt und das Vergessen – und *für* Gerechtigkeit, Sichtbarkeit und strukturelle Veränderungen.

Das Demo-Bündnis besteht aus folgenden Initiativen: Afrodeutscher Verein SH, Sisters – Frauen für Afrika, EmBIPOC, Flüchtlingsrat SH, ZBBS, ZEIK, Women*Move, KNUST&KANTE, Seebrücke Kiel, Daero Eritrea e.V., Sea Punks, LAWA, Kampagne gegen Abschiebehaft, Forum für Migrantinnen und Migranten. •



Dr. Elisabeth Kirndörfer
0431 56 02 – 23
kirndoerfer@paritaet-sh.org

Peri – Meno – Pause

Wechseljahre sind auch eine Frage der Rahmenbedingungen

Die Hormone tanzen Polka, die Verhaltensoriginalität ist hoch, die Nerven liegen blank und die Leistungsfähigkeit fährt Achterbahn: Das Ausmaß der individuellen Beeinträchtigungen der Wechseljahre auf die Arbeitsfähigkeit von Frauen kann gewaltig sein, der Leidensdruck entsprechend hoch. Fakt ist: Wer es nicht am eigenen Leib erlebt hat, kann die in manchen Fällen drastischen körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen schlicht nicht nachvollziehen. Wechseljahre sind zwar keine Krankheit, jedoch sind über 90 Prozent aller Frauen von gravierenden Symptomen wie Konzentrationsschwäche, Schlaflosigkeit oder depressiven Verstimmungen betroffen – in Deutschland derzeit rund 9 Millionen Frauen. Doch noch immer sind Wechseljahre im Beruf weitgehend ein Tabu, zudem gibt es kaum Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung in diesem Bereich. Welche hohe volkswirtschaftliche Relevanz dies hat, zeigt die 2023 von der Hochschule für Recht und Wirtschaft in Berlin veröffentlicht erste deutschlandweite Studie *MenoSupport: Wechseljahresbeschwerden am Arbeitsplatz*. Hier gaben lediglich 4,8 Prozent aller Teilnehmerinnen an, mit Führungskräften ihre Probleme besprechen und Arbeitsbedingungen förderlicher gestalten zu können. Frauen schlagen aufgrund der Wechseljahresbeschwerden Beförderungen aus, gehen früher in Rente und kaum jemand kann bis heute am Arbeitsplatz offen mit Kolleg*innen und Vorgesetzten darüber sprechen, welche Auswirkungen Gereiztheit, Hitzewallungen, Migräne, Stimmungsschwankungen und Gelenkbeschwerden im Alltag haben. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das fatal. Zukunftsfähige Unternehmen sollten daher für gute und gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen sorgen, wenn sie wertvolle Mitarbeiterinnen nicht verlieren wollen. Geneigten Arbeitgeber*innen sei ein Geheimnis verraten: Es geht vorbei. Bis dahin wäre ein wenig betrieblicher Support wünschenswert. •



Ivy Wollandt
0431 56 02 – 64
wollandt@paritaet-sh.org

Queerpolitisches Grundsatzpapier des PARITÄTISCHEN verabschiedet

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband bekräftigt in seinem Grundsatzpapier *Demokratie braucht Vielfalt – Vielfalt braucht Demokratie!* seine klare Haltung zur Gleichstellung queerer Menschen. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und nicht binäre Personen werden als Teil der Gesellschaft anerkannt. Obwohl rechtlich viel erreicht wurde, bestehen Lücken – zum Beispiel im Abstammungsrecht – und das Selbstbestimmungsgesetz steht unter Druck. Besonders trans*-Personen sind verstärkt Hass ausgesetzt. Queere Politik wird so zum Prüfstein für Demokratie. Das Papier nennt 14 zentrale Handlungsfelder. Gefordert werden unter anderem

- Menschenrechtskonforme Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes ohne Hürden;
- Modernisierung des Abstammungsrechts;
- Diskriminierungsabbau im Gesundheitswesen;
- Schutz vor Gewalt;
- Schutz für queere Geflüchtete und sichere Räume für junge LSBTIQA*-Menschen.

Zudem fordert der Verband langfristige Förderung: Ein eigenes Bundesprogramm für queere Vereine und Beratungsstellen sei nötig, bis dahin sollen sie stärker vom Programm „Demokratie leben!“ profitieren. Ein Demokratiefördergesetz soll geschlechtliche und sexuelle Vielfalt einbeziehen. Das Papier schafft eine verbindliche Grundlage für queerpolitisches Handeln – innerverbandlich wie politisch – und erschien zum IDAHOBIT am 17. Mai 2025. •



Link zum Grundsatzpapier

Katrin Frank
030 24636 – 465
faf@paritaet.org

Engagement

Kinderschutzbund SH, Literaturhaus SH und Friedrich-Bödecker-Kreis SH stärken Kinderrechte durch kreatives Schreiben mit Stefanie Taschinski.



Freiwillig in die Zukunft

Es geht auch ohne Pflichtdienst

Die neue Bundesregierung steht und nimmt ihre Arbeit auf – kein leichtes Unterfangen bei den diversen Baustellen im Land. Hierbei gilt es, die junge Generation nicht aus dem Blick zu verlieren: Obgleich zumeist auf die Wichtigkeit von jungen Menschen und deren Zukunft gepocht wird, so sind es zugleich diese jungen Menschen, welche die Konsequenzen der (fehlenden) Entscheidungen tragen müssen – sei es in Hinsicht auf Jugendarbeit, Generationengerechtigkeit oder Klimaschutz.

Die Debatten rund um Pflichtdienste jeglicher Art kommen seit einiger Zeit wieder vermehrt auf, erneut angefacht durch das Sondervermögen für die Bundeswehr und die Kriegssituation in der Ukraine. Dabei erweisen sich die (freiwilligen!) Freiwilligendienstformate doch seit Jahrzehnten als bewährtes Mittel – für Bildungschancen, für gesellschaftliches Engagement, für demokratische Grundwerte und für die persönliche Weiterentwicklung, vor allem junger Menschen. Was treibt in krisenhaften Zeiten Pflichtdienst-Befürworter*innen an, wo doch einerseits der Finanzierungsvorbehalt oft genannt und andererseits ein Pflichtdienst nach aktueller Studienlage knapp das Fünffache an Geldern bräuchte, die es für den Ausbau der bestehenden Freiwilligendienste bedürfte?

In Deutschland leisten jährlich 100.000 Menschen einen Freiwilligendienst, beispielsweise in Formaten des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD). Allein bei den Freiwilligendiensten des PARITÄTISCHEN in Schleswig-Holstein tun ca. 300 Freiwillige pro Jahrgang täglich Gutes. Im Gegensatz zum Pflichtdienst bieten die Freiwilligendienste jetzt schon ein Fundament zivilgesellschaftlichen Engagements – und sind dabei ein Gewinn hoch drei:

Die Freiwilligen engagieren sich für andere, sammeln dabei nützliche Erfahrungen für ihren Bildungsweg und erlangen Kenntnisse für das Arbeitsleben. Dabei erfahren sie Wertschätzung und Selbstwirksamkeit. Dies steigert wiederum die Bereitschaft, sich auch nach dem Freiwilligendienst zu engagieren.

Zweitens sind Freiwillige auch ein Gewinn für die Einsatzstellen. In sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Altenheimen ist insbesondere die Zeit, die Freiwillige mitbringen, ein Geschenk für die Adressat*innen. Aber nicht nur die Klient*innen profitiert von den Freiwilligen: Auch die Einsatzstellen selbst können dadurch geeignete Nachwuchskräfte gewinnen.

= Erfreulicherweise hat es der Pflichtdienst nicht in den Koalitionsvertrag geschafft.

Drittens stärken Freiwillige darüber hinaus den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander. Neben der Vermittlung politischer Grundwerte und selbsterlebter Demokratie fördern die Freiwilligendienste die gesellschaftliche Teilhabe und erhöhen damit die Lebensqualität für alle.

Somit liegen die Vorteile auf dem Tisch. Erfreulicherweise hat es der Pflichtdienst nicht in den Koalitionsvertrag geschafft. Dort heißt es: „Wir stärken die Freiwilligendienste, stellen die überjährige Finanzierung sicher und bauen die Strukturen und Plätze sukzessive aus. [...] Wir wollen es Jugendlichen ermöglichen, sich unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für einen Freiwilligendienst zu entscheiden.“ Das sind hoffnungsvolle Aussichten. Seit Jahren ist bekannt, dass bei steigenden Kosten und sinkender Förderung die Qualität und die vielfältige Anzahl der Freiwilligendienstplätze nur schwerlich aufrechterhalten, geschweige denn ausgebaut werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob nun die angekündigten Taten der Regierung folgen. Ein gutes Zeichen wäre es allemal. Denn eines ist sicher: Freiwilligendienste bleiben auch in Zukunft ein Gewinn für alle. •



Maurice Christiansen

0431 56 02 – 40

christiansen@paritaet-sh.org

Einsatzstellen- tagung der Frei- willigendienste

Unter dem Leitgedanken, die Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen und ihren Einsatzstellen zukunftsfähig zu gestalten, verfolgt unsere Arbeit täglich das Ziel, Erfahrungsräume für alle zu schaffen – zum Nutzen der Freiwilligen, der Einrichtungen und der Gesellschaft insgesamt. Jugendliche bringen neue Perspektiven und Impulse ein, während die Einsatzstellen ihnen Orientierung, Praxiserfahrung und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Immer wieder stellt sich dabei die zentrale Frage, wie Freiwillige individuell, wertschätzend und auf Augenhöhe begleitet und dabei mögliche Generationsunterschiede nicht als Hürde, sondern als wertvolle Chance betrachtet werden können.

In diesem Sinne fand im März unsere jährliche Einsatzstellen-tagung zum Thema „Jugend besser verstehen“ in Kiel statt. Rund 60 Teilnehmende – pädagogische Fachkräfte, Verwaltungspersonal und Einrichtungsleitungen – diskutierten, wie die Zusammenarbeit mit Freiwilligen weiterentwickelt und auf die Bedürfnisse der jungen Generation abgestimmt werden kann.

Die Tagung startete mit einem kurzen Informationsteil aus den Freiwilligendiensten. Darauf folgte ein Impulsvortrag des Erziehungswissenschaftlers Michael Tressat von der Universität Flensburg, mit Einblicken aus der aktuellen Jugendforschung und Gedanken zu den kommenden Generationen. Anschließend hatten die Teilnehmer*innen Zeit, sich an verschiedenen moderierten Stationen im Raum zu aktuellen Diskursen über Jugendliche sowie Themen, die die aktuellen Freiwilligen beschäftigen, auszutauschen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen konnte zwischen Workshops zu den Themen „Jugend besser verstehen“, „Basics für neue Praxisanleitungen“, „LGBTQIA+“ und „Berufsorientierung von Freiwilligen“ gewählt werden. •



Rahel Jacobs

0431 56 02 – 26

jacobs@paritaet-sh.org

Lebensalternative Permakultur

Unser Wahlseminar für FSJler*innen zum Thema „Permakultur – Fürsorge für Erde, Menschen und Ressourcen“ startete Ende Mai dieses Jahres.

Es gibt nur eine Erde: Unter anderem am Beispiel unseres „Hausmeeres“, der Ostsee, nahmen wir den Umgang von uns Menschen mit ihr in den Blick und wie wir für sie Sorge tragen können. Wir besuchten das Ostseeeinformativzentrum in Eckernförde, kescherten im Uferbereich und bestimmten Tiere, die wir fanden. Was man kennt, möchte man eher schützen als das, was man nicht kennt.

Es gibt viele Menschen: Wie ernähren wir uns so, dass wir für uns selbst Sorge tragen? Mit *Micro Greens*, Wildkräutern und dem einfachen Anbau von eigenen Lebensmitteln über Aussaat oder Stecklingsvermehrung näherten wir uns dem an. Wir gingen in Beispielgärten, lernten anhand von praktischem Arbeiten und Essen – zum Beispiel mit einer Wildsammlung von Kräutern – bewusst gesund zu leben.

Es gibt immer weniger Ressourcen: Es ging um gerechtes Teilen und begrenzten Verbrauch von Ressourcen wie Bodenschätzen, Wasser, Nahrung oder Energie. Was können wir im Kleinen tun – zum Beispiel durch Kompostsysteme in Gärten, eigenen bewussten Umgang mit den Ressourcen, Müllvermeidung oder durch Social Media?

Klar wurde: Permakultur ist mehr als nur Gärtnern. Das Seminar klärte, was hinter dem Ansatz steckt und wie er in der Praxis umgesetzt werden kann. Es war ein gelungener „Rundumschlag“. •



Martin Ruppert

0431 56 02 – 16

ruppert@paritaet-sh.org

EUTB mit Info-stand beim „Tag der Möglichkeiten“ in Schleswig



Aktion Mensch fördert das Projekt „Barriere-Frei(e)-Zeit gestalten“. Am 22. März hat der Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte

Menschen Schleswig-Holstein (LVKM) zum Tag der Möglichkeiten in die A. P. Möller-Skolen, eine dänische Schule in Schleswig, eingeladen. Insgesamt richtet der LVKM fünf dieser Tage in unterschiedlichen Regionen Schleswig-Holsteins aus. Die Veranstaltung an diesem Tag war wie eine Messe gestaltet, die über barrierefreie Freizeitgestaltung informiert. Es war ein Tag voller Erlebnisse und Chancen.

Der „Tag der Möglichkeiten“ richtete sich speziell an Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung sowie ihre Familien. Hier konnten sie eine breite Palette an barrierefreien Aktivitäten entdecken, ausprobieren und vielleicht sogar ein neues Hobby für sich finden. Vom Sport über kreative Angebote bis hin zu kulturellen Aktivitäten – die Veranstaltung bot eine bunte Vielfalt an Möglichkeiten für alle, die ihre Freizeit aktiv gestalten möchten.

Als EUTB Schleswig waren wir dort ebenfalls vertreten, um über das Angebot der Beratungsstelle zu informieren. So konnten wir im Laufe des Nachmittags viele Flyer verteilen und waren in einige Gespräche vertieft. Auch haben wir viele unserer Netzwerkpartner*innen dort wiedergetroffen. Es ist eine Bereicherung für alle Beteiligten, wenn Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zusammen ihre Freizeit gestalten können. Zum Schluss noch der Hinweis zur Übersicht an barrierefreien Freizeitangeboten in Schleswig-Holstein, festgehalten in einer Landkarte unter: www.lvkm-sh.de/angebote/freizeit. •

Alexander Markl
EUTB Schleswig
Lollfuß 48, 24837 Schleswig
0421 42 777 80
markl@paritaet-sh.org
www.teilhabeberatung.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Schleswig-Holstein e.V. hat sich vor mehr als 50 Jahren aus der Selbsthilfe heraus gegründet. Engagierte Mütter und Väter schlossen sich zusammen, um sich auszutauschen und ihre Interessen zu vertreten. Von den damals gegründeten Ortsverbänden (OV) ist heute nur noch der Kieler aktiv und wird von den dortigen Ehrenamtlichen mit Leben gefüllt. Auch der Sitz des Landesverbands befindet sich in Kiel und wird ehrenamtlich durch den Vorstand geführt.

In seinen Geschäftsräumen wurde mit Unterstützung der Landeregierung eine professionelle Beratungsstelle für alleinerziehende Mütter und Väter sowie Eltern in Trennung eingerichtet. Zwei Sozialpädagoginnen mit jeweils 19,5 Wochenstunden beraten vor Ort oder telefonisch Einzelternfamilien aus ganz Schleswig-Holstein. Thematisch geht es oft um die Gestaltung des Umgangs, Unterhalt, Wohnen und staatliche Unterstützungsleistungen. Eine juristische Erstberatung durch eine Fachanwältin für Familienrecht (extern) kann bei Bedarf vereinbart werden.

Neben der Beratung werden auch Veranstaltungen organisiert, wie das jährliche Wochenendseminar oder aktuell die Gruppe für Trennungskinder und ihre Eltern. Die Beratungsstelle ist fachlich vernetzt und kommuniziert mit der Landespolitik. Heute leben in Schleswig-Holstein rund 100.000 alleinerziehende Mütter und Väter, das ist ein Viertel aller Familien. Der VAMV setzt sich für die finanzielle Unterstützung dieser Familien ein und für das gleichberechtigte Nebeneinander verschiedener Umgangsmodelle nach Trennung und Scheidung. Vor allem aber geht es darum, Einzelternfamilien durch Respekt, Empathie und Wertschätzung zu stärken und gesellschaftlich anzuerkennen. •



Adrienne Meisel & Lisa Spikermann
Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Kiellinie 275, 24106 Kiel
0431 55 79 150
info@vamv-sh.de

Die Selbsthilfe für die Zukunft stärken

Positionspapier des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes

Die Selbsthilfe braucht stabile Rahmenbedingungen und eine verlässliche Finanzierung, um sich zukunftsfähig aufzustellen – das macht der PARITÄTISCHE Gesamtverband in seinem Positionspapier deutlich und identifiziert insgesamt sechs Bedingungen für die Weiterentwicklung der Selbsthilfe.

Wir ermutigen Kolleg*innen in der Sozialen Arbeit, dieses Forderungspapier zu nutzen, um sich für eine Verbesserung der Selbsthilfestrukturen einzusetzen.

1. Selbsthilfe als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand etablieren

Durch Herausforderungen wie den demografischen Wandel, den Klimawandel und herrschende Kriege, die Zunahme chronischer Erkrankungen und den steigenden Bedarf an psychosozialer Unterstützung wächst die Bedeutsamkeit der Selbsthilfe. Sie stellt eine wichtige Säule des Gesundheitssystems dar, die sowohl im Hauptamt als auch im Ehrenamt nachhaltig finanziell abgesichert sein muss. Dafür braucht es eine verpflichtende Einbindung der Länder und Kommunen.

2. Die Selbsthilfe strukturell stärken

Die Selbsthilfelandchaft ist vielseitig. Selbsthilfekontaktstellen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen bieten bedarfsorientierte Angebote und sind zentrale Interessenvertretungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Krankenkassen sind wichtige Förderinnen der Selbsthilfe. Neben ihnen sind auch Länder und Kommunen gefragt, die Angebote und Strukturen der Selbsthilfe nachhaltig zu stärken.

3. Niedrigschwellige und transparente Vergabe der Fördermittel sicherstellen

Eine langfristige Finanzierung ist für eine verlässliche Unterstützungsstruktur maßgeblich. Nur so können Selbsthilfegruppen, Kontaktstellen und Organisationen den Menschen in Krisen zuverlässig zur Seite stehen. Damit die finanziellen Mittel der Selbsthilfe zielgerichtet zugutekommen und um die Transparenz der Fördermittelvergabe zu

gewähren, müssen Finanzstrukturen seitens aller Akteur*innen transparent gehalten werden.

4. Interessenvertretung der Patient*innen fördern

In der Selbsthilfe Aktive unterstützen sich auf persönlicher Ebene und sind ein Sprachrohr in der Selbstvertretung und Politik. Ihr Engagement verbessert nicht nur die Versorgungssituation, sondern auch die Teilhabe Betroffener in der Gesellschaft. Die Betroffenenkompetenz ist für das Gesundheitssystem wichtig und muss in den Strukturen anerkannt, verankert und unterstützt werden.

5. Ehrenamtliches Engagement stärken

Das ehrenamtliche Engagement ist für die Selbsthilfe unverzichtbar. Ehrenamtszuschüsse, die zum Beispiel von Selbsthilfeorganisationen genutzt werden, um das Engagement von Mitgliedern zu würdigen, tragen zur Stärkung des Ehrenamts in der Selbsthilfe bei. Die Anerkennung der Ehrenamtszuschüsse in der gesundheitlichen Selbsthilfe seitens der Krankenkassen ist von Bedeutung, um die ehrenamtliche Unterstützung zusätzlich zu sichern.

6. Selbsthilfe in der digitalen Gesundheitsversorgung verankern

Digitale Angebote müssen niedrigschwellig sein, um möglichst allen interessierten Menschen den Zugang zu gewähren. Eine zukunftsweisende und niedrigschwellige Einbindung der Selbsthilfe kann zum Beispiel mittels der elektronischen Patientenakte (ePA) umgesetzt werden: Informationen zur Selbsthilfe und Ansprechstellen in der Region können hier einfach zugänglich hinterlegt werden.

Das vollständige Papier ist auf der Internetseite des Gesamtverbandes sowie unter dem QR-Code abrufbar. •



Link zum Positionspapier



Janna Hansen
0431 56 02 – 82
hansen@paritaet-sh.org

Soziales Engagement macht verletzbar

Erfahrungen ehemaliger Engagierter in Wohlfahrtsverbänden



Soziales Engagement wird allgemein mit guten Gefühlen verbunden und beworben: gemeinsam etwas bewegen, anderen Menschen helfen und gesellschaftliche Veränderungen bewirken. Es gilt die These, dass all dies den Engagierten grundsätzlich guttue. Dabei wissen viele aus eigener Erfahrung, dass gerade durch die Leidenschaft und den Einsatz aus Überzeugung auch schnell herbe Enttäuschungen werden und tiefe Verletzungen passieren können. Hier zeigt sich eine unbeabsichtigte Folge von Engagement, die kaum zur Kenntnis genommen wird – weder in der Forschung noch im Engagement selbst, auch nicht in verbreiteten Konzepten für Freiwilligenkoordination und -management.

Engagierte sind in besonderer Weise verletzbar, weil sie in ihrem Ehrenamt Orte schaffen, die ihnen viel bedeuten; weil sie eigene Ideen umsetzen oder sich als eine Person mit besonderen Fähigkeiten und Eigenschaften einbringen und erleben, besonders hilfsbereit, kompetent oder kreativ. Dieses grundsätzliche Potenzial von freiwilligem Engagement birgt gleichzeitig auch das Potenzial, verletzbar zu sein.

In einem Forschungsprojekt wurde ausführlich mit Menschen darüber gesprochen, warum sie ein Engagement abgebrochen haben. Die Erkenntnisse können soziale Einrichtungen darin bestärken, sorgsam mit „ihren“ Engagierten umzugehen, und dafür sensibilisieren, was in ihrer Begleitung wichtig ist.

Vier Punkte tragen besonders zu Verletzungen und Abbrüchen von Engagement im Feld der Wohlfahrt bei: 1. Persönliche Beziehungen; 2. ein starker Bezug auf moralische und ethische Werte; 3. im Widerspruch dazu das Erleben von Ökonomisierung und Effizienz; und 4. fehlende Klarheit über konkrete Zusammenarbeit.

Freiwilliges Engagement in sozialen Einrichtungen ist oft geprägt von besonders persönlichen Beziehungen zu Adressat*innen, was viel Resonanz und emotionale Nähe erzeugt. Das bindet Engagierte intensiver an ihre Tätigkeit. Andererseits herrschen in der freien Wohlfahrt teils Effizienzzwänge und ökonomisch orientierte Handlungslogiken, die mit sozialen Werten, Würde und

Menschenrechten sowie insbesondere der Solidarität mit den Adressat*innen im Konflikt stehen. Das löst Widerspruch, Empörung und Kritik aus. Es zeigt sich häufiger, dass Engagierte, die in einer sozialen Organisation aktiv sind, harsche Kritik an ebendieser Organisation üben. Sie sehen sich nicht als selbstverständlich zugehörig zu ihrer jeweiligen Organisation, sondern typischerweise als deren Kritiker*innen und stellenweise gar als Anwält*innen der von ihnen betreuten Adressat*innen.

Oft wird in der Förderung von Engagement gerade damit geworben, alle Menschen seien mit ihren Fähigkeiten und Interessen willkommen, könnten ihre Ideen einbringen und mitgestalten. Tatsächlich lebt die Zusammenarbeit im freiwilliges Engagement oftmals davon, gemeinsam mit anderen bestimmte Ideen und Projekte zu verwirklichen. Und dennoch gibt es im Engagement kaum klare Strukturen oder Verabredungen darüber, wie und mit welcher Rollen- oder Aufgabenverteilung die konkrete Zusammenarbeit ausgestaltet werden soll. Wer übernimmt dabei welche Verantwortung oder auch nicht? Und welche Rolle sollen unterschiedliche Kompetenzen und Wissensbestände in der Zusammenarbeit spielen? Das gilt für rein ehrenamtliche Kontexte genauso wie für soziale Einrichtungen, wo Haupt- und Ehrenamtliche zusammenarbeiten.

Oft wird in der Förderung von Engagement gerade damit geworben, alle Menschen seien mit ihren Fähigkeiten und Interessen willkommen.

Im Engagement, das für Menschen eine Herzensangelegenheit ist und wo ihnen bestimmte Aufgaben sehr viel bedeuteten, gehen ihnen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte ganz besonders nahe. Im Unterschied zur Erwerbsarbeit gibt es hier selten Strukturen, in denen

Weisungsbefugnisse und Zuständigkeiten geklärt sind. Im Versprechen auf Mitgestaltung bleiben solche Strukturen oft diffus und implizit.

Die aus diesen Punkten resultierenden Konflikte können zu Verletzungen und Abbrüchen des Engagements führen. Verletzbarkeit geschieht in Momenten, in denen die Zugehörigkeit und der Sinn des Engagements verloren gehen, was mit Gefühlen des Verlusts, des Schmerzes und der Wut einhergeht. Solche Verletzungen können weit über die Beendigung hinauswirken. Menschen schließen dann auch zukünftig ein Engagement aus, das unter den kritisierten Bedingungen stattfinden würde. Das erklärt auch, warum (ehemalige) Engagierte einem ganzen Engagementfeld den Rücken kehren, wie wir es zum Beispiel in den letzten Jahren in der Geflüchtetenhilfe gesehen haben.

Verletzbarkeit geschieht in Momenten, in denen die Zugehörigkeit und der Sinn des Engagements verloren gehen.

Was bedeuten diese Erkenntnisse für Einrichtungen und speziell Freiwilligenkoordination? Sie tragen mit Blick auf die Forschungsergebnisse – so eine Bilanz der Studie – dazu bei, „Hilfe im Spannungsfeld zwischen Effizienz und Humanität“ zu organisieren. „Es gilt zunächst, dafür zu sensibilisieren: Wenn Engagement die Gelegenheit bietet, besondere Räume zu schaffen und in ihnen Zugehörigkeit zu erleben, sinnvolle Ideen zu entwickeln und persönlich bedeutsame Aufgaben zu übernehmen sowie Solidarität und Unterstützung in der Gruppe zu erfahren, dann ist es hilfreich, darauf vorbereitet zu sein, dass all diese positiven Erfahrungen konterkariert werden können. Somit ist ein besonders ‚gutes‘ Engagement zwangsläufig auch eines, das besonders verletzbar macht.“¹ Diese Herausforderung lässt sich durch die Organisationen und Freiwilligenkoordination selbst

nicht auflösen. Wenn diese Ambivalenzen aber als wesentlicher Teil anerkannt und auch benannt werden, dann kann mit den bestehenden Konfliktpotenzialen bewusst und proaktiv umgegangen werden. Dafür braucht es eine engagementfreundliche Organisationsentwicklung, die Kritik von Engagierten ernst nimmt und dazu gehört auch die Sensibilisierung von Hauptamtlichen. Ehrenamtlich Engagierte in der Wohlfahrt brauchen eine Begleitung mit moderierten Räumen und Angeboten zum Austausch, für Kritik und zur Bearbeitung von Konflikten. Und auch „gute“ Verabschiedungen müssen als Teil von Engagementkultur verstanden werden. Das verlangt von vermittelnden und koordinierenden Personen (zum Beispiel Vorständen und Freiwilligenkoordinator*innen) eine hohe Rollenklarheit im Umgang mit ungleichen Interessen und Wahrnehmungen einerseits der Einrichtung und andererseits der Ehrenamtlichen.

Das bedeutet viel Arbeit und der eine oder die andere weiß vielleicht auch – entweder aus eigenem Erleben oder von anderen –, dass Ehrenamtliche das Engagement oft nicht bei der ersten Schwierigkeit abbrechen, sondern es trotz der abträglichen Erfahrungen und Verletzungen lange aufrechterhalten und eine hohe Leidensfähigkeit mitbringen. Gerade deshalb muss mit freiwillig Engagierten verantwortungsvoll umgegangen werden! Anhaltspunkte für Schwierigkeiten zu ignorieren oder die Leidensfähigkeit im Sinne eines langfristigen Engagements auszunutzen, brennt Menschen aus und schadet nachhaltig der Bereitschaft, sich weiter oder auch woanders im sozialen Bereich erneut zu engagieren. •



Link zur Studie



Heike Roth

0431 56 02 – 53
roth@paritaet-sh.org

¹ Andrea Kewes / Moritz Müller / Chantal Munsch: *Engagement im Zwiespalt. Erfahrungen ehemaliger Engagierter in Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen und Umweltinitiativen*. Weinheim 2025, S. 174.

Förderung



An dieser Stelle stellen wir Ihnen spannende Projekte aus unserer Mitgliedschaft vor und geben Tipps zur Projektfinanzierung. Im Interview berichtet Roxanne „Roxy“ Schulz vom Verein zur Integration langzeitarbeitsloser und sozial benachteiligter Menschen (VILM) e.V. zum Projekt „Inklusiver Kultur-Treff mit Live-Musik & Talk in Ahrensburg“, Durchführungszeitraum: 01.09.2024–31.12.2025.

Welches Projekt konnten Sie mit der Aktion-Mensch-Förderung starten und wann hat es begonnen?

Dank Aktion Mensch konnte der Verein VILM e.V. in Ahrensburg seit Herbst 2024 Inklusionstreffs mit Live-Musik ins Leben rufen. Die musikalischen Events finden unter anderem im Sozialkaufhaus Ahrensburg statt. Ein Team aus kulturinteressierten Menschen mit und ohne Behinderung trifft sich regelmäßig, um die Events zu planen und vorzubereiten. Hier können die Teilnehmenden sich ausprobieren und bei vorbereitenden Treffen unter Fachanleitung an der Seite von Profis die Dinge lernen, für die sie sich interessieren; sich aktiv einbringen und in anleitende Rollen wachsen. Die Kurse sind offen, niedrigschwellig und partizipativ. Bei uns bestimmen die Teilnehmenden das Programm.

Die Inklusionstreffs waren so ein großer Erfolg, dass wir das Projekt ausweiten konnten und sogar eine eigene, inklusive Bühne beim Stadtfest Ahrensburg (rund 100.000 Besucher*innen) gestalten und betreiben durften: vom Booking über Technik, Bühne, Backstage, Gastronomie bis zur Pressearbeit. Gemeinsam mit vielen namhaften Künstler*innen konnten wir beim Stadtfest ein wichtiges Zeichen für Inklusion setzen, was auch von Presse und Publikum großartig aufgenommen wurde. „5th Avenue“-Sänger Knobel sagte: „Inklusion bedeutet für uns, dass wirklich *alle* Menschen Teil unserer Community sein können – ob auf, vor oder hinter der Bühne. Rockmusik lebt von Vielfalt, von echten Geschichten und von gemeinsamen Erlebnissen. Eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt, ist nicht nur gerechter, sie ist auch lauter, bunter und vor allem stärker! Deshalb ist Inklusion für uns keine Option, sondern eine Haltung!“

Was war der Anstoß für das Projekt?

Der Anstoß war die Zusammenarbeit mit dem Hamburger Kulturverein ALIVE!KULTUR, der in Hamburg erfolgreich inklusive Events veranstaltet und wiederum von den Events der Lebenshilfe Berlin inspiriert wurde. So etwas haben wir uns

auch in Ahrensburg gewünscht. Dank Aktion Mensch und starker Partner*innen haben wir es in kurzer Zeit geschafft, auch in Ahrensburg Inklusion in der Kultur zu verwirklichen.

Welche Beratung haben Sie bei der Antragstellung in Anspruch genommen?

Die Beratenden des PARITÄTISCHEN SH haben sich viel Zeit genommen, um vieles zu erklären und mit uns gemeinsam den Antrag zu schärfen, sodass wir dank ihrer Unterstützung dieses großartige Projekt ins Leben rufen konnte, das so viele Menschen auf Augenhöhe zusammengebracht hat. •

Aktuelle Informationen von der Soziallotterie Aktion Mensch:

Die Aktion Mensch hat im April 2025 im Rahmen der bisherigen Mikroförderung „Barrierefreiheit“ die Förderung von barrierefreien Websites beendet, da das dafür vorgesehene Budget (zuletzt 5 Mio. Euro) ausgeschöpft worden war. Aus der Mitgliedschaft des PARITÄTISCHEN SH wurden insgesamt 13 Förderanträge mit jeweils max. 5000 Euro Zuschuss bewilligt.

Auch das niedrigschwellige Aktionsförderangebot „Viel vor – Gemeinsam aktiv für Inklusion“ wurde im April 2025 beendet. Hier war ebenfalls das Budget ausgeschöpft (zuletzt 6,5 Mio. €). Acht Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN SH konnten Zuschüsse der Aktion Mensch in Höhe von jeweils max. 10.000 Euro einwerben.

Die Antragstellung bei der Aktion Mensch erfolgt unter: www.aktion-mensch.de/foerderung/antrag/antragstellung

Nehmen Sie bitte gern bereits im Vorfeld einer Antragstellung Kontakt mit dem PARITÄTISCHEN SH zur Antragsberatung auf.



Volker Behm
0431 56 02 – 58
behm@paritaet-sh.org



Christian Kamal Jehia
0431 56 02 – 30
jehia@paritaet-sh.org

Soziale Arbeit

In diesem Jahr feierte das Familienzentrum Glashütte in Norderstedt 15. Geburtstag – und viele feierten mit!



Social Start-up trifft auf etablierte Wohlfahrt

Der PARITÄTISCHE SH auf der #DiWoKiel25



Link zum Abonnement des
Newsletters des Projekts
SocialCampus | TransferHub

Unter dem Titel „KI-basierte Unterstützung für Betroffene von häuslicher Gewalt“ kamen Akteur*innen aus Wohlfahrtsverbänden, gemeinnützigen Organisationen, interessierte Bürger*innen und ein junges Social Start-up aus Schleswig-Holstein im Rahmen der Digitalen Woche Kiel online (DiWoKiel) zusammen. Gemeinsam wurde ein innovativer, technologiegestützter Ansatz vorgestellt, der insbesondere Frauen in Gewaltbeziehungen unterstützen soll.

Solche Formate sind selten – und zugleich wichtig. Denn wenn traditionelle soziale Organisationen der Wohlfahrt und junge Social Start-ups aufeinandertreffen, birgt dies großes Potenzial – und manchmal auch wichtige inhaltliche Reibung. Während gemeinnützige Träger über langjährige Erfahrung in der psychosozialen Arbeit verfügen, bringt die Start-up-Welt frische Perspektiven mit: ein hohes Maß an technologischem Know-how, kreative Ideen, Nutzerzentrierung und effiziente Arbeitsweisen.

Gerade im Bereich digitaler Anwendungen – etwa bei der Entwicklung von Apps, Chatbots oder dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz – fehlt es vielen etablierten Trägern im Kontext der Wohlfahrtsverbände an Ressourcen oder Kompetenzen. Social Start-ups sind hingegen oft gezwungen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, da ihnen klassische Förderstrukturen zunächst verschlossen bleiben. Sie agieren flexibel, experimentierfreudig und nutzen moderne Technologien auf innovative Weise.

Demgegenüber stehen die Stärken der Wohlfahrtsverbände: fundiertes Fachwissen, etablierte Standards, langjährig ausgebildete Fachkräfte sowie ein tiefes Verständnis für die sozialen und emotionalen Bedarfe der Klient*innen aus professioneller Perspektive. Und ihr Alleinstellungsmerkmal: Sie verbinden professionelle soziale Dienstleistungen mit ehrenamtlichem Engagement und sozialpolitischer Interessenvertretung – eine Kombination, die es in der Form nur im wohlfahrtsverbandlichen Kontext so gibt.

Allerdings: Das Aufeinandertreffen von Social Start-ups und Wohlfahrt verläuft nicht immer reibungslos. Unterschiedliche Arbeitskulturen,

Begrifflichkeiten und Zielvorstellungen können die Zusammenarbeit erschweren. Während Social Start-ups oft schnelle Ergebnisse sehen wollen, ist es die Aufgabe sozialer Organisationen, jahrelang aufgebaute und gewachsene Strukturen und Qualitätsansprüche sowie funktionierende Verfahren und Angebote zu bewahren.

Gerade deshalb ist es für den PARITÄTISCHEN SH so wichtig, im Rahmen von Veranstaltungen wie in der #DiWoKiel die Räume für Begegnung und Dialog zu schaffen. Nur wenn beide Seiten bereit sind, voneinander zu lernen und aufeinander zuzugehen, kann ein echter Mehrwert entstehen – für Organisationen, Mitarbeitende und vor allem: für die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Denn am Ende eint beide Seiten ein Ziel: gesellschaftliche Teilhabe und konkrete Hilfe im Alltag. •

Mit dem PARITÄTISCHEN SH für Nachwuchskräfte sichtbar werden

Wer ist eigentlich der PARITÄTISCHE SH und was machen seine rund 500 Mitgliedsorganisationen? Diese Fragen wurden im April an der FH Kiel bei der Praxismesse des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit beantwortet. Etwa 30 Mitgliedsorganisationen folgten dem Aufruf in unserem Newsletter und präsentierten sich auf Steckbriefen an unserem Messestand. Viele Studierende wünschen sich einen konkreten Einblick in die Praxis und fragten nach Praktikumsplätzen und Plätzen zur staatlichen Anerkennung. Einrichtungen, die entsprechende Plätze anbieten, waren somit besonders gefragt. Darüber hinaus interessierten sich Studierende für die inhaltlich-fachliche Ausrichtung der Einrichtungen, zum Beispiel Schwerpunkte in pädagogischen Konzepten und Leitbildern, die vielfältig in den Steckbriefen sichtbar wurden.

Wenn Sie als Einrichtung ähnliche Gelegenheiten nicht verpassen möchten, abonnieren Sie den Newsletter des Projekts SocialCampus | TransferHub, der verschiedene Angebote zur Personalgewinnung und -bindung bündelt.

Wir Schnack sozial

... mit Kerstin Scheinert, der Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstattträter in Schleswig-Holstein e.V. Gemeinsam mit sieben Vorstandmitgliedern setzt sie sich für die Belange der 12.000 Beschäftigten Menschen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein ein: gerechte Entlohnung; bessere Bildungschancen, mehr Mitwirkung und gute Teilhabe am Arbeitsleben in der Werkstatt oder dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Ihr Appell: Gemeinsam für mehr Lohn, Mitwirkung, Akzeptanz und Haltung!

Mich beschäftigt gerade, dass viele Werkstattträt*innen viel leisten, aber oft zu wenig Zeit, Assistenz und gute Infos bekommen. Wir sprechen viel über die Reform des Entgeltsystems, Partizipation und neue Gesetze. Viele verstehen nicht, was das genau bedeutet. Ich finde: Wer Verantwortung trägt, braucht auch Unterstützung.



Kerstin Scheinert
Vorsitzende der LAG Werkstattträter in Schleswig-Holstein

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Ich wünsche mir von der Politik, dass wir nicht gegeneinander arbeiten, sondern zusammen. Auch wenn wir unterschiedliche Meinungen haben – es geht doch darum, wie Teilhabe für alle besser klappt. Mehr Miteinander! Wenn es um die Zukunft der Werkstatt geht, müssen die Beschäftigten mit-sprechen – vor allem im Bezug darauf, wo und wie sie arbeiten wollen.

Was lesen Sie gerade?

Ich lese aktuell *Das Horror-Date* – einen Non-Crime-Roman von Sebastian Fitzek.

Was treibt Sie gerade um?

Termine der Selbsthilfe-Akademie



Selbsthilfe-Akademie
Schleswig-Holstein
im PARITÄTISCHEN SH
Zum Brook 4
24143 Kiel
0431 56 02 - 93
www.selbsthilfe-akademie-sh.de

Hier finden Sie eine Übersicht aller kommenden Veranstaltungen der Selbsthilfe-Akademie. Zusätzlich bieten wir auch Beratung und Workshops für Selbsthilfeorganisationen und -gruppen an. Ihnen fehlt ein Thema oder Sie haben eine konkrete Idee für eine Veranstaltung? Dann reichen Sie gerne Vorschläge ein.

Gründung einer Selbsthilfegruppe

15. September 2025, 17:00-19:30 Uhr, online

Atmung als dein Anker

16. September 2025, 10:00-12:00 Uhr & 14:00-16:00 Uhr, Mölln

Kreative Methoden in der Selbsthilfe

18. Oktober 2025, 10:00-16:00 Uhr, Henstedt-Ulzburg

Zukunftsforum Selbsthilfe wirksam verankern – das Gesundheitssystem mitgestalten

7. November 2025, 10:00-15:30 Uhr, Kiel

Grundlagen des Datenschutzes für Selbsthilfegruppen

18. November 2025, 16:30-18:30 Uhr, online

13 neue Qualitätsmanagement-beauftragte

Am 23. Juni haben 13 Fachkräfte die „Zertifikatsausbildung Qualitätsbeauftragte*r in Kindertageseinrichtungen und Einführung in KiQuiP 2.0“ erfolgreich abgeschlossen.

In den letzten sechs Monaten standen in den Modulen sowohl Theorie als auch Praxis des Qualitätsmanagements im Mittelpunkt. Besonders hervorzuheben ist, dass die Teilnehmer*innen von Anfang an mit der neuen Webplattform KiQuiP 2.0 gearbeitet haben (wir berichteten). Die Entwicklung des eigenen Qualitätsmanagements auf der Plattform KiQuiP 2.0 war ein fester Bestandteil der Module.

Es gab einige technische Herausforderungen, doch alle Teilnehmer*innen haben diese mit großem Engagement gemeistert. Ein herzliches Dankeschön an alle, die mit ihrer Mitarbeit zur Entwicklung der Webplattform beigetragen haben. Hier ein Eindruck von Stevi Dräger, Leitung der Betreuten Grundschule an der Astrid-Lindgren-Schule e.V.: „Sowohl die Ausbildung als auch die die Webplattform KiQuiP 2.0 waren für uns als Betreute Grundschule ein sehr guter Einstieg in das Thema Qualitätsmanagement. Man bekommt einen sehr guten Einblick in die Aufgaben eines*einer Qualitätsmanagementbeauftragten. Besonders hervorzuheben ist der eingesparte Verwaltungsaufwand durch die Webplattform, da alle Mitarbeiter*innen einen Zugang dazu haben und so auch Einsicht in die bearbeiteten Dokumente haben können.“

Wir wünschen den Qualitätsmanagementbeauftragten gutes Gelingen! Am 10. November 2025 startet ein neuer Durchgang der Zertifikatsausbildung. Informationen hierzu finden Sie auf der Website des PARITÄTISCHEN SH unter www.paritaet-sh.org/fortbildungen.html. •



Svenja Lassen
0431 56 02 - 37
lassen@paritaet-sh.org

Gelebte Sozialpartnerschaft

Tarifbindung in der Sozialwirtschaft:

Verlässliche Rahmenbedingungen für Träger und Beschäftigte

Die Sozialwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen: Der Fachkräftemangel verschärft sich, die Anforderungen an Qualität und Wirtschaftlichkeit steigen, und die Erwartungen der Beschäftigten an faire Arbeitsbedingungen und eine angemessene Vergütung sind so hoch wie nie. In diesem Spannungsfeld sind starke, verlässliche Tarifverträge ein entscheidender Faktor für nachhaltigen Unternehmenserfolg. Der Arbeitgeberverband Paritätische Tarifgemeinschaft e.V. (PTG e.V.) bietet Trägern in der Freien Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein seit Anfang 2025 dafür maßgeschneiderte Lösungen – mit einem neuen Tarifvertragswerk, das Maßstäbe setzt.

Kernpunkte des neuen Tarifvertragswerks:

- Flexible Arbeitszeitmodelle
- Fair gestaltete Entgelttabellen
- Passgenau formulierte Tätigkeitsmerkmale
- Sonderzahlung im November in Höhe von 85 Prozent des Monatsentgelts
- Attraktive Zeitzuschläge
- 30 Urlaubstage und Entlastungstage bei Schicht-, Wechselschicht- und Nachtarbeit
- Förderung ehrenamtlichen Engagements durch einen zusätzlichen freien Tag
- Tarifvertrag für Auszubildende und dual Studierende
- Tarifvertrag zum Fahrrad-Leasing

Tarifbindung als Wettbewerbsvorteil

Die Bindung an Tarifverträge ist für Unternehmen der Freien Wohlfahrtspflege ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Sie schafft Transparenz, Verlässlichkeit und eine klare Grundlage für die Refinanzierung mit Kostenträgern. Tarifgebundene Unternehmen sind für Fachkräfte und Auszubildende besonders attraktiv, denn sie signalisieren: Hier gelten faire, einheitliche und verlässliche Arbeitsbedingungen. Das stärkt das Arbeitgeberimage und verbessert die Position im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeitende.

Planbarkeit und Flexibilität für freie Träger

Die PTG-Tarifverträge bieten Planungssicherheit: Rückwirkende Tarifabschlüsse – wie etwa beim TVöD oder TV-L, die häufig als Benchmark in der Refinanzierung dienen – werden weitest-

gehend vermieden. Das ermöglicht eine stringente Argumentation gegenüber den Kostenträgern und eine verlässliche Kalkulation im Rahmen der Refinanzierung. Gleichzeitig bleiben die tarifenwendenden Träger in jeder Phase des Verhandlungsprozesses eng eingebunden, sodass Entwicklungen transparent nachvollziehbar sind und die Interessen aller Beteiligten frühzeitig einfließen können.

Die Verträge sind klar strukturiert, praxisnah und berücksichtigen die besonderen Anforderungen sozialer Träger. Betriebliche Regelungen bleiben gleichwohl möglich, sodass sowohl die Bedürfnisse der Beschäftigten als auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen berücksichtigt werden.

Mit dem Tarifvertragswerk stellt der Arbeitgeberverband gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen die Weichen für eine zukunftsfähige Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein. Diesen Ansatz hebt auch Jörg Adler, Vorstand des KIELER FENSTER – Verein zur Förderung sozialpädagogischer Initiativen e.V. und Mitglied der Tarifkommission, hervor: „Mit dem neuen PTG-Tarifvertragswerk gibt es nun eine echte Alternative mit schlanken, aber klaren Regelungen und attraktiven und konkurrenzfähigen Vergütungen, die Kontinuität und Interesse an sozialer Arbeit aufrecht erhält und fördert. Wer sich in der Sozialwirtschaft zukunftsfest aufstellen möchte, seine vertragliche Position im Betrieb und auch gegenüber dem Kostenträger stärken will, findet hier eine sehr gute Lösung.“

Das neue Tarifvertragswerk ist ein wichtiger Schritt, um die Attraktivität der Branche zu stärken und qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Es bietet eine ausgewogene Balance zwischen fairen Arbeitsbedingungen und unternehmerischer Flexibilität. Die Förderung ehrenamtlichen Engagements durch einen zusätzlichen freien Tag unterstreicht die gesellschaftliche Bedeutung sozialer Berufe und setzt ein Zeichen der Wertschätzung.

Eine persönliche Beratung zu den neuen tariflichen Rahmenbedingungen kann jederzeit vereinbart werden.



Florian Pfleger
Rechtsreferent und
Syndikusanwalt

Paritätische Tarifgemeinschaft e.V.
– Arbeitgeberverband –
Kollwitzstraße 94–96, 10435 Berlin

Telefon: +49 1520 1965728
E-Mail: pfleger@paritaet-ptg.de
www.paritaet-ptg.de



Kompetenz und Partnerschaft für Paritätische Arbeitgeber
Seit über 30 Jahren vertritt der PTG e.V. die Interessen der Paritätischen Arbeitgeber bundesweit. Über 450 Unternehmen mit mehr als 76.600 Beschäftigten profitieren von der Expertise des Verbandes, der alle Bereiche der Sozialwirtschaft abdeckt – von der Kindertagesbetreuung über die Eingliederungs- und Jugendhilfe bis hin zur Altenpflege. Der Arbeitgeberverband verhandelt Tarifverträge und bietet seinen Mitgliedsunternehmen darüber hinaus im Rahmen der Mitgliedschaft umfassende arbeits- und tarifrechtliche Beratung. Er unterstützt seine Mitglieder durch praxisnahe Informations- und Qualifizierungsangebote.

Neuigkeiten aus dem Verband

Neue Mitgliedsorganisationen

**Kur + Reha Klinik GmbH,
Rehaklinik Selenter See**
Pfälzer Allee 4, 24238 Selent
klinik.selent@kur.org
www.kur.org

**Spes. – interkulturelle/kultursensible
qualifizierte Assistenzleistung Jugend-
und Familienhilfe Kiel gGmbH**
Alte Lübecker Chaussee 44, 24113 Kiel
info@spes-kiel.de
www.spes-Kiel.de

**Viva Happy – Starke Kinder für ein
frohes und selbstbewusstes Leben e.V.**
Beselerallee 55a, 24105 Kiel
moin@viva-happy.de
www.viva-happy.de

WOHn-gut Ostholstein gGmbH
Elisabethstraße 72, 23701 Eutin
info@wohngut-ostholstein.de
www.wohngut-ostholstein.de

Neue Mitarbeiter*innen



Ulrike Anders
Projektkoordination | Nachhaltig Sozial
anders@paritaet-sh.org



Michelle Boschet
Social Media
boschet@paritaet-sh.org



Dirk Döhren
Finanz- und Rechnungswesen | Controlling
doehren@paritaet-sh.org



Marc Fricke
Vorstandsreferent
fricke@paritaet-sh.org



Mayra Fuhrmann
Bildungsreferat | Freiwilligendienste
fuhrmann@paritaet-sh.org



Malte Jennerjahn
Vorstandsreferent
jennerjahn@paritaet-sh.org



Nicole Liebrandt
Sachbearbeitung | Vorstandssekretariat
liebrandt@paritaet-sh.org

PariSERVE
Dienstleistungen für
soziale Organisationen

Ihr Spezialist
für Entgelt-
abrechnungen
in der Sozial-
wirtschaft

PariSERVE - IHR DIENSTLEISTER IM PARITÄTISCHEN für Personalabrechnung

PariSERVE-Leistungen

- Komplette Personalabrechnung unter Berücksichtigung der Stammdaten- und Entgeltänderungen sowie Krank- und Ausfallzeiten
- Archivierung der Lohnunterlagen
- Weitergabe von Meldedaten an Finanzamt, Berufsgenossenschaft, Krankenkasse(n) und ZVK
- Versand der monatlichen Lohnunterlagen mit allen relevanten Auswertungen sowie Zahlungsdatei(en)
- Lohnjournal, Kostenstellenauswertungen und Fibu-Buchungsjournal

Starke
Basisleistungen

Flexible
Zusatzleistungen

Maximale
Sicherheit

Kein Personal-
ausfallrisiko

Feste Ansprech-
personen

T 0431 5 37 38-44
info@pariserve.de
www.pariserve.de





Ihre Einrichtung perfekt abgesichert

Ihr Versicherungsmakler für die Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen unter dem Dach des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V.



Ein Unternehmen
des Paritätischen

 DER PARITÄTISCHE

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des Paritätischen Schleswig-Holstein

- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

Mehr erfahren unter www.union-paritaet.de

✉ alexander.knarr@union-paritaet.de • ☎ +49 40 238883-63